

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 2,50 RM, monatlich 1,10 RM.
Wochentlich 26 Pf. frei ins Haus.
Eingehende Nummer 5 Pf. Sonntags-
beilage 'Die Neue Welt' 10 Pf.
Eingetrogen in die Post-Zertifikats-
Verzeichnisse.
Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat.
Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Flandern, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Belegt für die sechsstelligen Anzeigen
ober deren Raum 50 Pf., für
politische und gesellschaftliche Verord-
nungen und Verordnungs-Anzeigen 20 Pf.
„Kleine Anzeigen“, das erste (ein-
gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlaf-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 29. November 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

150 000 Abonnenten!

Verlag und Redaktion des „Vorwärts“ sind in der an-
genehmen Lage, feststellen zu können, daß die Abonnenten des
„Vorwärts“ die Zahl von 150 000 überschritten haben. Seit
die letzte schwere Krise, die ja besonders schwer auf dem Wirt-
schaftsleben Berlins und seiner Vororte lastete, zu weichen
begann, hat sich auch der Abonnentenstand des „Vorwärts“
wieder kräftig zu heben begonnen. Und daß wir heute die
Ueberschreitung einer Abonnentenzahl von 150 000 anzeigen
können, erfüllt uns ebenso mit freudiger Genugtuung, wie es
die Genossen und Leser selbst mit lebhafter Freude erfüllen,
aber zugleich auch mit dem energischen Willen befeuert wird,
durch Einsetzen aller agitatorischen Kraft dahin zu wirken, daß
bald, möglichst schon im Jahre 1911, der 200 000. Abonnent
für das Parteiorgan der Berliner Genossen, das Zentralorgan
der Partei, gewonnen wird!

Denn so gewaltig an sich der Abonnentenzuwachs des
„Vorwärts“ gerade in dem letzten Jahrzehnt gewesen ist, so
kann und soll doch nicht geleugnet werden, daß noch immer
die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten in gar keinem Ver-
hältnis steht zu der Zahl der in dem Verbreitungsgebiet des
„Vorwärts“ bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen
sozialdemokratischen Stimmen. Erhielten doch die sozialdemo-
kratischen Kandidaten in den 6 Berliner Reichstagswahlkreisen
selbst bei den Reichstagswahlen des Jahres 1907 251 215
Stimmen. In Teltow-Verstow und Nieder-Barnim wurden
damals weitere 161 966 sozialdemokratische Stimmen ab-
gegeben, so daß insgesamt in den acht Groß-Berliner
Wahlkreisen, als deren Organ der „Vorwärts“ in
Frage kommt, 1907 nicht weniger als 413 181 sozialdemo-
kratische Stimmen abgegeben wurden. Einer solchen Wähler-
zahl gegenüber nimmt sich eine Abonnentenziffer von 150 000
noch immer viel zu bescheiden aus! Gerade die letzten Er-
eignisse, gerade die ungeheuerlichen Vorgänge in Moabit, bei
denen von allen Tageszeitungen Berlins der „Vorwärts“
ganz allein den Kampf gegen Polizeivillkür und scham-
lose Scharfmacherhebe führen mußte, sollten allen sozialdemo-
kratisch Gesinnten beweisen, daß einzig die sozialdemokratische
Presse ein auch in den schwersten Zeiten und unter den gefäh-
lichsten Umständen allezeit unwandelbarer, nie versagender
Bundesgenosse und Sachwalter des arbeitenden Volkes ist!
Darum hat aber auch das Volk der Arbeit Treue mit Treue
zu vergelten und im ureigensten Interesse die Pflicht, die
sozialdemokratische Presse bei ihrem Wirken mit äußerster Tat-
kraft zu unterstützen!

Und mehr und mehr ist sich ja bereits das Proletariat,
sind sich alle Schichten der werttätigen Bevölkerung dieser
Pflicht bewußt geworden. In höherem Grade noch als die
Zahl der Wähler ist die Zahl der Abonnenten des „Vor-
wärts“ gewachsen. Denn während bereits 1898 in den acht
Wahlkreisen Groß-Berlins 225 000 sozialdemokratische Wähler
gezählt wurden, betrug doch im Jahre 1900 die Zahl der
Vorwärtsabonnenten erst 52 000. Im Januar 1906 waren
dann 100 000 Abonnent erreicht, und jetzt, vor dem völligen
Ablauf des weiteren Jahreslaufs, sind abermals 50 000
Abonnenten gewonnen, ist die Zahl der Abonnenten von 1900
verdreifacht, während sich die Zahl der Wähler noch
nicht völlig verdoppelt hat.

Der Fortschritt ist also augenfällig, aber dieser Fortschritt
kann und darf uns nicht genügen! Jeder Erfolg darf
uns nur ein Ansporn zu rüstigerer Arbeit sein!
Unsommer in einer Situation wie heute, wo das gesamte
Unternehmertum, die gesamte Scharfmachergesellschaft sich gegen
das arbeitende Volk verbündet hat!

Kein Zweifel: Seit dem Bestehen des schwarz-blauen
Blods sind wir in ein neues akutes Stadium des Arbeiter-
kampfes, der Volksknebelung und der Volksausplünderung ein-
getreten! Der Bloß der Ritter und der Heiligen hat die
preussische Wahlreform hintertrieben, er hat das Volk durch
den Steuerraubzug des Jahres 1909 schamlos ausgepreßt,
er hat erst in den letzten Tagen jede Maßregel zur Linderung
der unerhörten Fleischsteuerung und Fleischnot höhnisch
zurückgewiesen, dafür aber den Absolutismus verherrlicht und
gefestigt und von der Regierung Maßnahmen zur Knebelung
des politischen, gewerkschaftlichen und geistigen Lebens des
Volkes gefordert!

Von dem Ausfall der Reichstagswahlen hängt
die nächste Zukunft des deutschen Volkes, des deutschen
Proletariats ab! Und für den Wahlkampf wird die
sozialdemokratische Presse, wird der „Vorwärts“ die wichtigste
Waffe sein!

Darum werbt für Euer Kampforgan, damit der „Vor-
wärts“ mit 200 000 Abonnenten in die Wahlkampagne ein-
treten kann!

Zerrissene Verhandlung.

Eine eigenartige Anordnung des Vorsitzenden im Moabit
Prozess hat am Sonnabend die Beweisaufnahme über den all-
gemeinen Teil der Anklage jah unterbrochen; nicht einmal die Ver-
nehmung des Zeugen Linger wurde in der Sonnabendverhandlung
zu Ende geführt, ein Verfahren, das, wie der Verteidiger Dr. Rosen-
feld mehrfach hervorhob, den Vorzug der außergewöhnlichsten Un-
gewöhnlichkeit an sich trägt. Besonders schwer wiegen aber die
juristischen Bedenken, die Verteidiger Dr. Heinemann in seiner
scharfen logischen Weise vortrug. Er deckte den Kardinalpunkt auf,
der für die Beurteilung der Beweisaufnahme über den allgemeinen
Teil der Anklage in Betracht kommt; sie ist für die Angeklagten von
höchster Wichtigkeit, da von den Ergebnissen abhängt, ob überhaupt
strafbare Zusammenrottungen stattgefunden haben, oder ob die Per-
sonen, die etwa aktiven oder passiven Widerstand leisteten, sich in
Rotweil gegen etliche unter Mißbrauch ihrer Amtsgewalt das
Publikum verprügelnde Polizeibeamte befanden. Weshalb denn auch
von großer Bedeutung ist, daß die Beweisaufnahme über die Frage
nicht unterbrochen, sondern im Zusammenhang vorgenommen wird.

Das Gericht hat sich aber diese schwerwiegenden Bedenken der
Verteidigung hinweggesetzt und am Montag mit der Verhandlung der
einzelnen Anlagefälle begonnen, die naturgemäß weit weniger
Interesse in der Öffentlichkeit finden werden als die Erörterung der
Frage, wie sich die Polizei in Moabit benommen hat. Denn es
handelt sich in der überwiegenden Mehrzahl ja um ver-
hältnismäßig harmlose Vorfälle, um Weisereien der Kupfer-
schen Streikenden mit Arbeitswilligen, wie sie bei jedem Streik
vorkommen, um Schupmannsbeleidigungen, passiven Widerstand
bei Arrestierungen und dergleichen Geschehnisse, die im allgemeinen
sonst vom Schöffengericht abgeurteilt werden. Und in der Montag-
verhandlung zeigte sich überdies, daß in manchen Fällen das
Beweisungsmaterial, das die Staatsanwaltschaft vorzubringen hat,
sehr dürftig und brüchig ist. So ist der Angeklagte Lethwick leblich
deshalb auf die Armenkinderbank gekommen, weil er als Zeuge
vor dem Untersuchungsrichter angegeben hat, daß er sich in einer
Menschenmenge befunden hat, aus der Steine geworfen wurden
auf einige im schnellen Trab vorbeifahrende Kutschenwagen. Der
Verteidiger hat festgestellt, daß das Durchfahren der in Betracht
kommenden Wegstrecke knapp eine halbe Minute gedauert haben
kann — eine Zeitpanne, die natürlich nicht genügt, um dem
Angeklagten die Möglichkeit zu geben, sich aus der Menge zu
entfernen!

Der Umstand, daß Lethwick durch seine eigene Aussage als
Zeuge erst der Staatsanwaltschaft die Möglichkeit gegeben hat, ihn
anzuklagen, führt zu der Frage, ob ihn denn der Unter-
suchungsrichter nicht, wie es seine Pflicht war, darauf aufmerksam
gemacht hat, daß der Zeuge das Recht hat, die Aussage auf Fragen
zu vermeiden, die ihn der Gefahr aussetzen, sich selbst einer straf-
baren Handlung zu beschuldigen. Der Angeklagte behauptet, daß
das nicht geschehen sei, der Untersuchungsrichter, Landrichter Bombe,
befindet unter Eid das Gegenteil. Aber wenn der Herr recht hat, wenn
der Angeklagte nicht zu jenen Leuten gehört, bei denen der Herr
Untersuchungsrichter nach eigener Angabe den Hinweis unterlassen
hat, so ergab doch seine weitere Aussage, daß sein Hinweis für den
Zeugen ganz wertlos war. Denn der Herr Landrichter hat sich mit
einer formalen „Belehrung“ begnügt, die für den juristisch nicht
beachtendsten Laien eben keinerlei Belehrung enthält. Auf die Frage
des Verteidigers, ob denn der Untersuchungsrichter den damaligen
Zeugen auch darauf aufmerksam gemacht habe, daß schon das bloße
Verteilen in einer Menschenmenge, die Gewalttätigkeiten begeht,
ein strafbares Vergehen ist, mußte Herr Bombe mit einem glatten
Nein antworten. Da nun die wenigsten deutschen Staatsbürger,
soweit sie sich nicht berufsmäßig mit dem Strafrecht beschäftigen,
von dieser Gesetzesbestimmung tatsächlich keine Ahnung haben, so
war die „Belehrung“ des Herrn Untersuchungsrichters für die Sache!
Der Zeuge, der nicht weiß, daß er sich durch das bloße Verteilen
in einer solchen Menschenmenge strafbar macht, wird diese Tatsache
dem Richter ohne Arg angeben. Aber das geht Herrn Bombe nichts
an. Er hat seine Pflicht getan, als er den Zeugen in formaler
Weise auf das Zeugnisverweigerungsrecht hinwies; ihm Rechts-
kenntnis beizubringen, dazu ist er nicht verpflichtet. Das ist die
deutsche Justiz wie sie lebt und lebt!

Wie schwer die Verbindung der einzelnen Anlagen zum Miesen-
prozess die Angeklagten trifft, das zeigte ein an sich nicht sehr bedeu-
tender Umstand. Als der Fall des jugendlichen Laufburschen Meyer
verhandelt wurde, fehlte sein Verteidiger Cohnmann. Er hatte wohl
angenommen, daß der Fall seines Klienten in dieser Sitzung nicht
mehr drankommen werde. So war der junge Mensch bei der
wichtigen Vernehmung des Polizeibeamten, der ihn befestete, ohne
Rechtsbeistand. Wäre er nicht in den Miesenprozess verwickelt, so
wäre ihm das wohl nicht passiert.

Ein eigenartiger Zufall, der für das Gericht nicht gerade an-
genehm sein kann, hat es gewollt, daß die Vernehmung der Beweisauf-
nahme über den allgemeinen Teil der Anklage zeitlich zusammen-
fiel mit dem Hofreise des Herrn Polizeipräsidenten nach polizei-
rechtlichen Zeugen. Bis nun die Beweisaufnahme zu den Einzel-
anlagen erledigt ist — eine Woche dürfte darüber vergehen — kann
Herr v. Jagow die Zeugen, die sich auf seinen Hofreise melden,
gehört haben und sie der Staatsanwaltschaft präsentieren. Und
wenn dann die Beweisaufnahme zum allgemeinen Teil wieder be-
ginnt, so kann Herr Steinbrecht versuchen, den Eindruck der Ver-
nehmungszeugen durch die Einschlebung der polizeistromen Zeugen
zu beeinträchtigen. Ob ihm das gelingen wird, ist freilich eine

große Frage, denn positive Befundungen über Ausschreitungen von
Polizeibeamten lassen sich nicht widerlegen durch Erklärungen, daß
andere Leute nichts gesehen haben, was der Polizei unangenehm
sein könnte. Vorläufig allerdings hat die Polizei durch die un-
gewöhnliche Maßregel des Gerichts eine Galgenfrist bekommen.
Aber geschenkt wird ihr nichts.

Die „Kreuz-Zeitung“ brachte am Montag einen Leitartikel, der
in dieselbe Kerbe haut, wie der Sonnabendartikel der „Korbb.
Allg. Ztg.“ Besonders wird versucht, die Zeugen der Verteidigung
als ungläubwürdig hinzustellen, weil sie — Sozialdemokraten und
also Feinde der Polizei seien. Mit derselben Logik könnte man
alle Aussagen von Arbeitswilligen und „Königstreuen“ Leuten,
die sich gegen die Streikenden richten, für unglaubwürdig erklären,
weil sie Feinde der Arbeiterbewegung sind! Sonst bietet der Artikel,
der natürlich gleich dem Regierungsblatt auf die Beeinflussung des
Gerichts zugunsten der Angeklagten ausgeht, nichts Neues und
wir registrieren ihn daher nur als Zeichen der Angst der Reaktio-
näre, die sich in eigenen Eifen gefangen sehen. Vermerkt zu werden
verdient nur noch, daß die „Kreuz-Zeitung“ schon auf einen großen
Mißerfolg des Auftrufs des Polizeipräsidenten schonend vorbereitet.
Der ahnungsvolle Engel!

Jagows Widersprüche.

Der Appell des Polizeipräsidenten an die inländischen Journa-
listen zu polizeistromen Zeugenaussagen ist besonders pikant an-
gesehen der Tatsache, daß Herr v. Jagow in seiner bekannten An-
twort auf die Beschwerde der englischen Korrespondenten erklärt, der
Aufenthalt auf dem Schauplatz der Unruhen sei ordnungswidrig. Er
steht also das Verteilen im Gebiete der Unruhen als ein Vergehen
gegen das Gesetz hin. Und an diese Uebelthat — in seinen
Augen — richtet der Polizeipräsident jetzt die Aufforderung, ihm
aus der Tasche zu helfen! Einer der betreffenden inländischen
Journalisten, der Schriftsteller Roslawski, der von der Verteidigung
geladen wurde, hat aus dieser Auffassung des Polizeipräsidenten be-
reits die Konsequenz gezogen, indem er am Freitag unter Berufung
auf diese polizeipräsidentliche Mitteilung an die englischen Kor-
respondenten seine Anzeige auf Grund des § 54 des Strafgesetzbuchs
(weil er sich eventuell selbst einer strafbaren Handlung bezichtigten
müßte) verweigerte.

Übrigens wird Herr v. Jagow, wenn sich trotz seiner strengen
Auffassung über den Aufenthalt im „Auffstandsgebiet“ inländische
Journalisten bei ihm melden sollten, mehrere bittere Enttäuschungen
erleben. Denn er wird, wenn er konsequent an seiner Ueberzeugung
festhalten will, daß derjenige, der einen Schlag oder Säbelstich von
Polizisten erlitt, kein klassischer Zeuge ist, weil er nicht mehr objek-
tiv sein kann, mehrere der Herren Journalisten für seinen Zweck
nicht gebrauchen können. Es sind nämlich verschiedene der inlän-
dischen Journalisten von einigen Schuppleuten in ähnlicher Weise
verhoren worden wie die ausländischen Korrespondenten. Daß diese
für die „vorläufige Ruhe“ unserer Schuppleute kennzeichnende Tat-
sache vor Gericht bekundet wird, darauf wird der Herr Polizei-
präsident trotz aller seiner heißen Wünsche, daß der Tatbestand
über die Moabit Vorgänge genau und vollständig festgestellt werde,
wohl keinen besonderen Wert legen.

Behördliche Untergrabung
der bestehenden Staatsordnung.

Das Reichsgericht hat bekanntlich am 28. Juni 1910 anerkannt,
daß der Erlaß des Kultusministers vom 7. August 1907 und das
Vorgehen der Regierung rechtmäßig ist, die die Erteilung
von Turnunterricht an nicht mehr schulpflichtige jugendliche Personen
von behördlicher Erlaubnis abhängig machen.

Das höchste deutsche Gericht hatte deshalb die Freisprechung
unseres verantwortlichen Redakteurs bestätigt, der öffentlich
aufgefordert hatte, den Anordnungen der Be-
hörden, welche die Erteilung von Turnunterricht
gegen Entgelt oder die unentgeltliche Er-
teilung von Privatunterricht an nicht mehr schul-
pflichtige jugendliche Personen auf Grund des Ministerial-
erlasses oder der Verordnungen, die sie angeht (Kabinettsorder vom
10. Juni 1894 und Staatsministerialinstruktion vom 31. Dezember
1899 verbieten), keine Folge zu leisten. Danach handeln die
Beamten widerrechtlich, die die Befolgung ihrer rechts-
ungültigen Anordnungen unter Strafordrohung verlangen. Trotz-
dem hat noch kein Staatsanwalt Anklage gegen
diese Beamten erhoben. Ja, es gibt Regierungen, die
fortfahren, solche rechtswidrigen Handlungen zu begehen. Reichen die
vorhandenen Strafbestimmungen nicht aus, um dieser organisierten
Auflehnung gegen die bestehende Staatsordnung
entgegenzutreten? § 339 des Strafgesetzbuchs bedroht doch
mit klaren Worten einen Beamten, welcher durch Mißbrauch seiner
Amtsgewalt oder durch Androhung eines bestimmten Mißbrauchs
derselben jemand zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung
widerrechtlich nötigt, mit Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren und
erklärt auch den Versuch solchen Amtsmißbrauchs für strafbar.
Warum, möchten wir den ungekrönten König von Preußen
fragen, haben seine Instrumente nicht dem Gesetz Achtung
verschafft? Wie unrichtig es ist, in solchen Fällen die
Fügel am Boden schleifen zu lassen, zeigt dem Herrn
v. Seydewitz und der Laie die Ausdehnung, die diese wilde
Empörung gegen Gesetz und Recht, gegen die Grundgesetze
unserer Staats- und Gesellschaftsordnung genommen hat. Das eben
ist der Fluß der bösen Tat, daß sie fortzuehend immer böser muß

gehören. Neuerdings sind von der Regierung in Düsseldorf (Abteilung für Kirchen- und Schulwesen) die erwähnten alten Verordnungen gar angewendet, um auch den Gesangsunterricht an Kinder zu verbieten.

Im Kreise Solingen wird unter der Arbeiterschaft die Eingesamtheit gehetzt und gepflegt wie wohl an keinem anderen Orte und einzelne Arbeitervereine haben ihre Leistungen zu einer wirklich künstlerischen Höhe gesteigert. Seit ungefähr einem Jahre besteht in Solingen ein Kinderchor, dem über 100 Kinder der verschiedensten Altersklassen angehören. Leiter des Chors ist Herr Musikdirektor Bartholomäus aus Düsseldorf. Der Kinderchor trat zum ersten Male auf dem rheinischen Arbeiterlänger-Bundesfest im Juli dieses Jahres in Dhlsga mit und fand großen Anklang. In der letzten Zeit wirkte er auch häufig bei größeren Konzerten, die von der organisierten Arbeiterschaft veranstaltet wurden, mit. Dieser Tage fand wieder ein von Arbeitern arrangiertes Konzert statt, an dem der Kinderchor mitwirken sollte. Dem Dirigenten ging aber einige Tage vor dem Konzert von der königlichen Regierung in Düsseldorf (Abteilung für Kirchen- und Schulwesen) ein Schreiben zu, das ihm auf Grund einer alten verstaubten Kabinetsorder vom 10. Juni 1834 und der dazu erlassenen Ministerialinstruktion vom 21. Dezember 1899 in Verbindung mit § 43 der Allerhöchsten Verordnung vom 26. Dezember 1808 unterlagte, weiterhin Gesangsstunden für schulpflichtige Kinder abzuhalten. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen dieses Verbot wurde dem betreffenden Dirigenten eine Erschließstrafe von 50 M. angedroht.

Dieses Verbot hat natürlich auch unter den dem Chor angehörenden Kindern eine große Erbitterung verursacht. Ist es Aufgabe des Staates, den Kindern die Freude am Gesang zu rauben? Unseres Erachtens ist das Vorgehen der königl. Regierung von Düsseldorf gegen die Kinder genau so ungeschicklich wie das erwähnte Vorgehen gegen die Turner. Denn es handelt sich bei dem Kinderchor nicht um Erlass eines Schulunterrichts. Lediglich auf solche Erlassungen beziehen sich aber nach der Entscheidung des Reichsgerichts die Kabinetsorder von 1834 und die Ministerialinstruktion von 1899. Selbst wenn das Gesetz der Behörde das Recht gäbe, Gesangsunterricht an Kinder zu verbieten, wäre die Ausübung dieses Rechts durchaus zu verurteilen.

Man sieht, daß die Nichtanwendung der gegen Amtsmissbrauch bestehenden Strafvorschriften immer weitere Ungeheuerlichkeiten und Ungereimtheiten hervorruft. Wann endlich werden die Instrumente des Herrn von der Gehdeband und der Lase diesem geschwädigen, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung untergrabenden Tendenzen entgegenzutreten? Oder glauben sie, solcher Kadelstypik gegen Arbeiterkinder zur Aufrechterhaltung des reaktionären schwarzblauen Kartells zu bedürfen?

Arbeiterkandidaten im nächsten Wahlkampf.

London, 21. November. (Sig. Ver.) Nach dem langen und kostspieligen Wahlkampf zu Anfang des Jahres wird es den Arbeiterorganisationen Großbritanniens schwer fallen, sich in ähnlicher Weise wie zuvor an den Wahlen zu beteiligen. Bei den letzten Wahlen betrug die Zahl der Arbeiterkandidaten — die der S. D. P. eingerechnet — etwa 90. Bis heute ist nur die Zahl der von der S. D. P. und der Bergarbeiterföderation aufgestellten Kandidaten bekannt.

Die S. D. P. beabsichtigt, 6 Kandidaten aufzustellen, und zwar in North Aberdeen, Burnley, East Bradford, South und West Salford und Northampton. Der Genosse Hyndman wird wieder in Burnley kandidieren. Der Genosse Drvin wird außerdem unabhängig von seiner Partei der S. D. P. in Rochdale, der Heimat der alten genossenschaftlichen Pioniere, kandidieren. Er hat vor Jahren den Sozialisten Rochdale's verprügelt, so lange zu kämpfen, bis Rochdale für den Sozialismus gewonnen ist, und die Rochdale's Genossen bestehen darauf, daß er sein Versprechen hält.

Die Bergarbeiterföderation beschloß gestern, 21 Kandidaten aufzustellen. Von diesen 21 gehören 16 schon heute dem Parlamente an. 15 von ihnen gehören Bergarbeiterverbänden an, die mit einem Inhibitionsbefehl bedacht worden sind. Unter diesen Umständen werden sich die Gewerkschaftsverbände wohl auf die Zentralkasse der Föderation verlassen müssen. Unter den Kandidaten befinden sich die Genossen Robert Smilie und Vernon Hartorn, zwei energische Vertreter des Sozialismus, deren Wahl den Charakter der Arbeiterpartei im nächsten Parlament in vorteilhafter Weise beeinflussen würde.

Ueber andere bis jetzt bekannt geordnete Arbeiterkandidaten ist zu berichten, daß der in der ganzen britischen Arbeiterwelt sehr beliebte Genosse Lansbury wieder in Ostlondon kandidieren wird. Auf Betreiben Lloyd Georges wird ihm kein liberaler Kandidat entgegengestellt werden, so daß seine Wahl ziemlich sicher scheint. Auch hören wir aus zuverlässiger Quelle, daß der Genosse Goldstone in der alten Hochburg des Radikalismus Sunderland die besten Aussichten hat, gewählt zu werden. Goldstone, ein Mitglied der N. L. P., ist Volksschullehrer und eine sehr tüchtige Kraft. Wie sich die übrigen Arbeiterkandidaten in der durch das Osborne-Urteil geschaffenen Schwierigkeit helfen werden, ist noch ungewiß. Vielleicht wird man, wie auf dem letzten Gewerkschaftskongress vorgeschlagen wurde, in vielen Fällen das Osborne-Urteil einfach mißachten. Von einer großen Gewerkschaft wird erzählt, daß die Exekutivkommission einen ähnlichen Rat erteilt hat. Es fragt sich nun, wieviele Gewerkschaftsbeamten bereit sind, die Folgen der Gesetzesverletzung auf sich zu nehmen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 28. November 1910.

Die Auflösung des Reichstags.

Wir haben im „Vorwärts“ immer wieder darauf hingewiesen, daß der jetzige Reichstag schon längst seine Existenzberechtigung vermisst hat. Es ist eine Tatsache, die selbst von der blauschwarzen Majorität nicht geleugnet werden kann, daß die Zusammenkunft des Reichstags in gar keiner Weise mehr dem Willen des Volkes entspricht. Herrschten in Deutschland wirklich konstitutionelle Zustände wie etwa in England, so hätte dem Zusammenbruch der Wäloppolitik die Auflösung des Reichstags folgen müssen. Die Herrschaft des schwarzblauen Wocds ist in Wirklichkeit eine freie Usurpation, die dadurch nicht besser wird, daß die Liberalen und konservativen Stützer Wiltons und Dernburgs jetzt von den Fraktionen des Notentotemwahlswindels dieser Herren leben. Je länger diese Herrschaft dauert, desto unerträglicher wird sie empfunden und

desto lauter wird die Forderung nach Auflösung dieses Reichstages.

Nun weiß das „Verl. Tagebl.“ zu melden, daß die Regierung ernstlich die Absicht hege, der Angst der Junker vor Neuwahlen Rechnung zu tragen und die Wahlen erst im Januar 1912 stattfinden zu lassen. Die Nachricht klingt nicht allen wahrscheinlich, denn gegen die Vornahme von Wintervahlen sprechen die stärksten sachlichen Gründe. Aber den Schwarzblauen und ihrem Beihmann ist alles zuzutrauen und den Herrschäften dünkt eben jeder Tag, um den sie die Wahlen hinausschieben können, ein Gewinn. Allein wir möchten den Herren doch zu bedenken geben, ob sie den Vogen nicht überspannen. Was in nächster Zeit den Reichstag beschäftigen soll, ist nichts weniger geeignet als die Ungeduld der Volksmassen, die den Tag des Gerichts kaum mehr erwarten können, zu zögeln. Die neue agrarische Deute, die die Junker bei der Beratung des Schiffsabgabengesetzes einheimen wollen, die ungeheuerliche Verschärfung der Klassen-gesetzgebung, wozu die Strafsatznovelle von Regierung und Kommission gestaltet worden ist, die völlige Unzulänglichkeit der neuen Versicherungsordnung, die der Arbeiterklasse die Selbstverwaltung raubt und die beschiedenen Ansprüche unerfüllt läßt, das alles sind Dinge, die den Ruf nach Auflösung dieses Reichstags nur verstärken können. Wären die Liberalen wirklich Männer, wie das „Verl. Tagebl.“ annimmt, so könnte die blauschwarze Majorität sehr bald zu spüren bekommen, daß eine Volksbewegung außerhalb und eine energische Opposition innerhalb des Parlaments schon imstande sind, der freien Usurpation der Majoritätsrechte durch die Konservativen und Liberalen ein Barock zu bieten. Die Freude an ihrem Reichstag kann den Blauschwarzen noch gründlich versähen werden und der Wunsch, das Parlament allzulange am Leben zu erhalten, würde dann wohl sehr bald der Einsicht weichen, daß die rückwärtige Kuldung der Macht die schlechteste Abrechnung nur noch gründlicher gestalten würde.

Schiffahrtreaktion.

Aus dem Reichstag. 28. November. Der Gesetzentwurf über die Schiffsabgaben kam heute zur ersten Lesung, nachdem die darin ausgedrückte Absicht, die deutschen Flüsse künftig mit Abgaben zu belasten, bereits lange Zeit hindurch die öffentliche Meinung erregt hat. Der Ursprung dieses neuen, gegen den Verkehr im agrarischen Interesse gerichteten Schlags ist in dem preussischen Kanalgesetz zu suchen. Die Agrarier gaben dem Rhein-Weier-Kanal, den sie von dem ursprünglich geplanten Mittellandkanal noch übrig gelassen hatten, nur unter der Voraussetzung ihre Zustimmung, daß mit dem Betriebsbeginn auf diesem Kanal auch die Abgabefreiheit auf den deutschen Flüssen aufgehoben müsse. Das Ergebnis dieses Agrariergebots ist der jetzige Gesetzentwurf, der das Licht der Welt erblickt hat, sobald die preussische Regierung die übrigen Bundesstaaten in die Zustimmung zu diesem reaktionären Nachwert hineinterrorisiert hatte. Die Tatsache, daß auf Rhein und Elbe infolge internationaler Verträge die Abgabefreiheit ohne Zustimmung Oesterreichs und der Schweiz nicht aufgehoben werden kann, kümmert die preussischen Machthaber nicht. Lieber internationale Konflikte als Nichtachtung agrarischer Interessen: das ist nationale Politik!

Die Debatten ergaben auch sonst noch herrliche Blüten dieses Wehmannschen Nationalismus.

Der Reichskanzler selbst entledigte sich der Aufgabe, das Gesetz einzuführen, mit der üblichen Aneinanderreihung belangloser Allgemeinheiten. Nach ihm ist nur die Unmöglichkeit, in dem armen Preußen die Gelder für die Regulierung der Flüsse aufzubringen, der Grund für dieses Gesetz. Herr Kretz konnte sich als Sprecher der konservativen Partei mit einer in fünf Minuten gegebenen Zustimmung begnügen. Mehr Zeit brauchte Herr am Behnhoff für die Zustimmung der Zentrumspartei.

Genosse Frank verplüßte die agrarischen Argumente und geißelte das Verhalten der kleinen Bundesstaaten, die sich durch die Förderung mit irgend welchen Verprechungen besonderer Vergünstigungen die Zustimmung hatten abkaufen oder durch Drohungen hatten abtroyen lassen. Der Minister v. Breitenbach erklärte darauf lähn, nur nationale Gründe hätten zu der einmütigen Annahme des Entwurfs im Bundesrat geführt.

Was es mit diesen nationalen Gründen auf sich hat, wurde dann durch den lothringischen Abgeordneten Grögore entlarvt. Indem er gerechtfertigte Beschwerden führte, daß die Moselkanalisation im Interesse Elsch-Nothringens nicht ebenso geplant werde, wie die des Mains im Interesse Bayerns, des Neckars im Interesse Württembergs, wies er darauf hin, daß die preussische Regierung die Moselkanalisation abgelehnt habe, weil sonst die lothringischen Eisenwerke den Ruhrwerken zu viel Konkurrenz machen könnten. So in die Enge getrieben, blieb dem Minister v. Breitenbach nichts übrig, als sich zu dieser unsagbar kleinlichen Kirchturmspolitik zu bekennen. Er verhängte sich dahinter, daß die „ganze rheinisch-westfälische Industrie“ und die ganze ober-schlesische das verlangt hätten.

Scharfe Entrüstungsbrufe wurden bei Sozialdemokraten und Freisinnigen laut. Mit dieser blamablen Entlarbung borusischer Wirtschaftspolitik schloß die Sitzung. Auch dieser Vorgang wird hoffentlich wieder Tausenden die Augen aufknüpfen dafür, was das deutsche Volk von der amtierenden Bureaukratie an reaktionären Krähwinkeln zu erwarten hat.

Bayerischer Bauernbund und Bund der Landwirte.

Nach Mitteilungen der Zentrumspreffe sind bereits seit mehreren Wochen Verhandlungen zwischen dem Bund der Landwirte und dem bayerischen Bauernbund im Gange, die auf eine Verschmelzung der beiden Gruppen abzielen. Der bayerische Bauernbund ist durch den Uebergang der unter dem Einfluß Memmingers stehenden fränkischen Gruppe zum deutschen Bauernbund ohnehin sehr geschwächt worden. Wenn sich nun der unter der Leitung des ehemals politisch ziemlich radikalen Landtagsabgeordneten Ebenberger stehende Rest dem Landwirtebund angliedert, so bedeutet dies das Ende einer Bewegung, die einstmals dem Zentrum arg zu schaffen gemacht hat.

In den Zeiten, da Wieland, Dr. Kayinger, Dr. Egl dem bayerischen Landtage als Vertreter der Bauerabundler angehörten, hat es zwischen diesen und dem Zentrum erbitterte Kämpfe gegeben und in politischen Fragen stimmten die Bauernabundler fast regelmäßig mit den Sozialdemokraten. Seit aber die Wandler, deren verschiedene Richtungen sich unter dem Titel einer Freien Vereinigung im Landtage zu einer Fraktion zusammengeschlossen

haben, unter der Führung des hochreaktionären protestantisch-landwirtschaftlichen Abgeordneten Wed gekommen sind, ist es mit ihnen unaufhaltsam bergab gegangen. Nicht nur in allen wirtschaftlichen, auch in politischen und kulturellen Fragen laufen sie mit dem Zentrum durch die und dünn, und Eisenbergen, einst der schärfste Gegner des Zentrums, trat auf dem diesjährigen christlichen Bauerntag in Regensburg, der Demonstrationsversammlung der „Christlich-Bauern“, wie sie Dr. Egl einst spöttisch getauft hat, als Redner auf. Allerdings wird behauptet, daß ihm das Zentrum seinen Landtagswahlkreis für die nächsten Wahlen garantiert habe.

Die Zentrumspreffe ist über das ruhmlose Ende des bayerischen Bauernbundes natürlich recht vergnügt und hebt hervor, daß beide Teile des Bundes ihre Rettung im Anschluß an „preussische Organisationen“ suchen. Jetzt gebe es nur noch eine wirklich bayerische Bauernorganisation, und das sei der (christliche) bayerische Bauernverein.

Diamantengewinnung in Deutsch-Südwestafrika.

Die Erläuterungen zum Nachtragsetat für die Schutzgebiete, der heute mit dem Reichsetat für 1911 ausgegeben worden ist, enthalten einige interessante Angaben über die Diamantengewinnung in Deutsch-Südwestafrika und die aus dieser zu erwartenden Reichseinnahmen:

Im ersten Viertel des Finanzjahres 1910 stellte sich die Diamantenerfordernis auf 226 000 Karat; man darf also, wie es im Nachtragsetat heißt, für das ganze Rechnungsjahr 1910 sicher auf einen Ertrag von 850 000 Karat rechnen. Nimmt man entsprechend der Marktlage einen Durchschnittspreis von 28 M. für das Karat an, so ergibt sich:

ein Bruttowert von 850 000 Karat × 28 =	23 800 000 M.
und nach Abzug der an die Diamanteregulierung fallenden 5 Proz. Verwertungsgebühr von	1 190 000 „
ein Reinerlös von	22 610 000 M.
3 1/2 Proz. Ausfuhrzoll hiervon betragen	7 536 867 „
oder rund	7 537 000 „
Für 1910 sind bisher an Diamantenausfuhrzöllen verauslagt	4 800 000 „
Mithin ein Ueberschuß von	2 737 000 M.

Die übrigen Reichseinnahmen aus dem Diamantenbergbau, die sich aus 75 Proz. des Reinertrages der fiskalischen Gruben, 6 1/2 Proz. des Wertes der Diamanten aus dem Sonderrechtsgelände der Deutschen Kolonialgesellschaft, 5 Proz. des Wertes der Diamanten aus den voll verlicenen Schürfgeländen der vorgenannten Gesellschaft und 25 Pf. Beitrag pro Karat zu den Zoll- und Polizeikosten von selten der Diamanteregulierungsgesellschaft zusammensetzen, sind bisher insgesamt auf ungefähr 1 650 000 M. veranschlagt, dürften sich aber nach neuerer Berechnung auf rund 1 852 500 M. stellen. Mit den Einnahmen von 7 537 000 M. ergibt sich also eine voraussichtliche Gesamteinnahme des Deutschen Reichs aus der Diamantengewinnung von ungefähr 9 389 000 Mark.

Bei der Landtagswahl in Neuss j. L.

haben unsere Parteigenossen, soweit das jetzt vorliegende Teilergebnis erkennen läßt, einen bedeutenden Sieg erröchten. Von den Wahlen in 12 Bezirken sind bis jetzt 6 Resultate bekannt geworden. In diesen 6 Wahlbezirken hat die Sozialdemokratie 5 Mandate erobert, wogegen in dem letzten Bezirk eine für uns günstige Stichwahl stattfindet. Gegenüber den letzten Wahlen haben wir in den 6 Bezirken 3 Mandate gewonnen. — Der Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie ist sehr beträchtlich.

Je frümmere, desto schlimmer.

Das Verbandsblatt der christlich organisierten Holzarbeiter teilt in seiner letzten Nummer den Brief mit, den ein Sägereisegesse in Kevelaer, dem frommen Wallfahrtsort, an den Redakteur eines nieder-rheinischen Zentrumsblattes gerichtet hat. Der Brief lautet:

Wenn man oft einen Durchblick durch die Zeitung macht, so findet man oft, daß in vielen Städten eine Lohnherhöhung im Holzgewerbe und eine verkürzte Arbeitszeit festgefunden hat. Allerdings standen die Löhne an verschiedenen Orten sehr schlecht. Und wie sieht es denn bei uns in Kevelaer aus; es werden hier für die Säreiner noch 28 bis 30 Pfennige pro Stunde bezahlt, ein Lohn, der noch weit hinter demjenigen der Handlanger steht. Hat doch der Säreiner erheben drei Jahre lernen müssen, und noch beendeter Zeitszeit verdient er auch noch nicht viel. Dieses ist sehr traurig. Was ist nun eigentlich schuld an dieser Sache? Weil hier keine Organisation ist, und wenn der einzelne Mann eine Forderung an den Arbeitgeber stellt, um bloß einige Pfennige Stundenlohn mehr zu erhalten, dann machen dieselben ein Gesicht zum Fortlaufen. Ist werden im Winter auch noch ein paar Pfennige abgezogen für Licht und das muß der Geselle auch noch bezahlen. Elfstündige Arbeitszeit und für Ueberstunden wird auch oft nicht mehr bezahlt. Bitte den Herrn Redakteur mal einen Artikel darüber in die Zeitung zu setzen und diese Sache noch etwas zu vervollständigen. Kevelaer zählt einen großen Haufen Holzarbeiter, es mögen wohl hundert sein. Es muß einer für alle und alle für einen eintreten.

Das christliche Verbandsblatt hält dem Briefschreiber vor, daß es mit einem Zeitungsartikel nicht abgetan sei, daß hier nur die Organisation helfen könne. An Anregung und Gelegenheit zur Gründung der Organisation hat es auch in Kevelaer nicht gefehlt. Hoffentlich ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo die Kollegen sich auftraffen, um durch unermüdlige und dauernde Weharbeit ein festes Band der Einigkeit um die Berufsgegenossen zu schlingen und dadurch den ersten Schritt zur Befreiung zu tun. Ist es doch in den letzten Wochen noch vorgekommen, daß ein Meister sämtlichen Gesellen gekündigt hat, weil sie eine halbständige Verkürzung der täglichen elfstündigen Arbeitszeit verlangten, darunter ein Geselle, der 29 Jahre in der Werkstatt tätig war.

Kevelaer ist der fromme Wallfahrtsort, der jährlich von einer halben Million Pilger besucht wird. Aus dem armen zerfallenen Dorf ist eine blühende Stadt geworden, wo sich Gasthaus an Gasthaus und Laden an Laden reihen, die alle von dem Pilgerstrom ihren Gewinn ziehen. Und wie sich's für den Ort mit dem wunder-tätigen Muttergottesbild gejeht, sind die Leute dort sehr fromm. Für das Los der Arbeiter aber trifft die Erfahrung zu, die man von Zentrumsgegenenden durchzogen machen kann: Je frümmere, desto schlimmer.

Ein Justizirrtum.

Anfang dieses Jahres wurde der Arbeiter Rudolf Wiesweg er vom Kreisrichter Schwurgericht wegen eines angeblichen Eitelkeitsverbrechens zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Jetzt wurde er im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen, weil er nachweisen konnte, daß einer der Zeugen in dem früheren Prozeß einen Meineid geschworen hatte. Etwa dreiviertel Jahr hat Wiesweg er unschuldig im Zuchthaus gesessen.

3 Monate Gefängnis.

„Fassen Sie ordentlich zu“, so rief der Anklage-verweiser in einer Verhandlung vor dem Dresdener Kriegsgericht

den Richtern zu, die über den Mann Lubewig vom 17. Mannen-
regiment in Oshah wegen Aufsehung gegen die Disziplin
urteilen sollten. Der Angeklagte war eines Morgens, weil er das
Wachen überhört hatte, etwas zu spät zum Stalldienst gekommen.
Er wurde vom Unteroffizier im Stalle zur Rede gestellt, antwortete
aber darauf, daß er keine Zeit habe, da er Pferde putzen mußte.
Im Anschluß daran soll der Mann gemurmelt und trotz Ver-
botes „auffällig weiter gemurmelt“ haben. Dies der
Sachverhalt. Wie es scheint, sollte jedoch in diesem Falle ein
Exempel statuieren werden. In der Schwadron des Angeklagten
waren schwere und umfangreiche Soldatenmishand-
lungen vorgekommen; sie wurden aufgedeckt und führten zur
Aburteilung der Quader. Der Anklagevertreter hob hervor, daß
die Zustände in der Schwadron manchem Unteroffizier die Existenz
geföhrt hat und deshalb bitte er „ordentlich zuzufassen“! Das
Gericht kam dem auch nach, denn es verurteilte den Mann zu —
3 Monaten Gefängnis! und nahm ihn sofort in Haft!

Genosse Bebel hat zu seinem schweren Verlust eine außer-
ordentlich große Anzahl von Beileidkundgebungen erhalten. Be-
merkenswert ist die Depesche, die der Präsident des Reichs-
tages, Graf Schwerin-Löwig gesandt hat. Ihr Wortlaut
ist folgender:

„Zu dem schweren Verlust Ihrer treuen Lebensgefährtin,
welcher Sie betroffen hat, gestatte ich mir, Ihnen meine herzlichste
Anteilnahme auszusprechen.“

Frankreich.

Gegen das Streikrecht.

Paris, 28. November. „Humanité“ veröffentlicht ein Rund-
schreiben des Hauptausschusses der Meeder Frankreichs, in wel-
chem die Mitglieder aufgefordert werden, eine genaue Liste ihrer
Schiffe und der Mannschaftsbestände aller Grade
mitzuteilen, damit im Falle eines Ausstandes im Einvernehmen
mit den staatlichen Marinebehörden die notwendigen Maßnahmen
getroffen werden könnten, um die eingeschriebenen See-
leute durch Personal der Kriegsmarine zu er-
setzen.

Reaktion auf allen Seiten.

Paris, 24. November. (Fig. Ver.) Als Briand sein
neues Ministerium konstituierte, wiesen wir darauf hin, daß
er bedacht sei, der gemäßigten Bourgeoisie die Bürgerschaft für
eine allgemeine, den Nömen der Arbeiterfeindlichen Sozial-
politik überschreitende Reaktion zu geben. Im besonderen
schrieben wir dem mit dem Vorkapitalismus verflochtenen
Finanzminister Kloy die Rolle zu, das Einkommensteuer-
gesetz um die Fälle zu bringen. Gestern hat nun die Senats-
kommission für die Einkommensteuer Herrn Kloy einver-
nommen, und seine Erklärungen sind so ausgefallen, daß der
„Temps“ heute jubelt, der Horizont habe sich gelichtet. Der
Minister hat die Prinzipien dargelegt, an die sich die Re-
gierung bei der Steuerreform halten will. Sie enthalten
kein Wort von der Umwandlung der Realsteuern in Per-
sonalsteuern, kein Wort von der Besteuerung des
effektiven statt des nominalen Einkommens, kein
Wort von der Festhaltung der Grundidee des dem Land vor-
liegenden, von der Kammer beschlossenen Gesetzes. Das Ein-
treten für eine „mit weiser Vorsicht abgestufte Progression“
erscheint selbst dem „Temps“ harmlos, und so meint er gnädig,
deutlichere Erklärungen über die Preisgabe des Cailleurischen
Gesetzes, die vielleicht Herrn Kloy vernünftig gewesen wären,
habe die Kommission, die von seinem konsilanten Ton und
von seiner Zurückhaltung überaus überrascht gewesen sei, ihm er-
lassen können. Da obendrein die Kommission, ohne daß sich
der Minister widersetzt hätte, beschloß, die Beratung der staat-
lichen Einkommensteuer zu vertagen, bis die Deputierten-
kammer auch die Reform der direkten Departements- und
Kommunalsteuern erledigt hat, ist das großkapitalistische
Organ durchaus befriedigt.

Belgien.

Was ein Liberaler von den Sozialisten erwartet.

Brüssel, 23. November. (Fig. Ver.) In einer Rede über die
politische Situation hat dieser Tage der liberale Deputierte Hy-
mans, der bekannte Vorkämpfer der „Gemäßigten“, Ausdrücke auf
eine Zukunft liberal-sozialistischer Politik gemacht. Herr Hymans,
in sozialen Fragen ein der Hartgeleiteten des doktrinären
Flügels hält eine „Annäherung“ für möglich, und er ist so gü-
tig, schon jetzt der belgischen Sozialdemokratie die Bedingungen
zu diktiert, unter denen die liberale Partei zur Durchführung
der gemeinsamen Programmpunkte ihre Hand bieten würde.

Vor allem müßte sich nach dem doktrinär-liberalen Führer die
Sozialdemokratie zu einer „besonnenen Taktik“ verstehen, alsdann
dem „Temperament“ der belgischen Nation und den höheren Not-
wendigkeiten einer „wahrhaft nationalen Politik“ Rechnung tragen.
Kerngegenstand ist auch die Entrüstung, die der liberale Depu-
tierte, wie übrigens auch die ganze Partei, dafür aufbringt, daß
die sozialdemokratische Fraktion anlässlich der Thronrede Alberts
mit Flugzetteln und Rufen nach dem Wahlrecht und der Kammer-
auslösung demonstriert hat, „Vorgänge“, die Herr Hymans „auf-
richtig beklagt“. „Und so warnt er auch, daß man in Zukunft
durch „Unvorsichtigkeiten“ und „Ergebnisse“ die lokalen
und ausreichenden Bemühungen der Liberalen für eine positive Re-
formpolitik gefährdet. Herr Hymans steht aber auch — und das
charakterisiert seine Bedingungen noch besser — für die liberale
Partei ein Warnungssignal aus, indem er ihr anrät, sich nur
zu werden, „wie weit sie gehen kann und will, und daß sie ent-
schlossen ist, nicht weiter zu gehen“. Da Herr Hymans soziale
Probleme aus dem Geist jener Älteren, die Interessen und
Gegensätze der Klassen „ausgleichend“ Versöhnungspolitik heraus
zu lösen wünscht — einer Versöhnungspolitik, die Herr Hymans
und seinesgleichen bei allen Fragen der Sozialpolitik als glatte
Reaktionäre gezeigt hat —, kann man sich ungefähr vorstellen, welche
Wandlung der Mann von der Partei begehrt.

Es gibt in Belgien eine Reihe optimistischer Sozialisten, die aus
dem gemeinsamen, manche Gegensätze verdeckenden Kampf gegen
den Merkantilismus auf eine Entwicklung der Liberalen zum So-
zialen hinführen. Die Rede Herrn Hymans zeigt wieder, daß
auch umgekehrte Hoffnungen vorhanden sind: das heißt, daß die
Liberalen auf eine Ausweitung der Sozialisten zur
Verbürgerlichung Erwartungen setzen. „Ihr Kampf
gegen den Merkantilismus hat die liberale Partei in die günstige
Situation einer gewissen populären Demokratie gebracht, ins-
besondere dadurch, daß er sie zur Mitträgerin der großen nation-
alen Reformen werden ließ. Der Sturz des Merkantilismus wird
auch das Gute haben, daß er im Scheideweg sozialer Reform-
politik die Klassenbeziehungen wieder in reinen Formen
aufzeigen wird.“

Der „Peuple“ leuchtet übrigens dem liberalen Frechdachs ge-
hörig heim. Er betont, daß die Arbeiterpartei den „Vollgeist“ des
belgischen Proletariats, dessen Tugenden nicht mehr unterwürfig-
keit und duldender Gehorsam seien, sehr genau kenne. Gegenüber
der Rücksichtnahme auf die marxistischen Einrichtungen betont er

energisch das Verlangen der Volkssouveränität und
das Verlangen zur Republik. Und da Herr Hymans
unterlassen hat, seine Bedingungen mit voller Klarheit zu erläutern,
bemerkte unser Parteiblatt: „Sollte Besonnenheit im Sinne
von Herrn Hymans vielleicht so viel bedeuten, wie Ver-
bürgerlichung? Daraus wird die Arbeiterpartei niemals
anbeihen. Trifft der Fall ein, so wird man uns als Verbün-
dete nehmen müssen, wie wir sind, oder auf uns
zu verzichten haben.“

England.

Auflösung des Parlamentes.

London, 28. November. Der König hat heute das
Parlament mit einer Ansprache vertagt. In zwei
Stellen bietet die Erklärung politisches Interesse. Der König
spricht seine Befriedigung über die Geldmittel aus, die die
Mitglieder des Unterhauses zugunsten der Marine und der
Altersversicherung bewilligt hätten. Und am Schluß
gab der König seinem Bedauern Ausdruck, daß die
Konferenz zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten
zwischen den beiden Häusern des Parlamentes gescheitert sei.
Das neue Parlament ist auf den 31. Januar
1911 einberufen worden.

Herrnhäuser.

Edinburgh, 26. November. Schatzkanzler Lloyd-George
hielt hier eine Rede, in der er sagte, es gäbe ein Hand voll
erblicher Geschlechter, die niemals in irgendeinem Ge-
werbe oder Beruf, der geistige Anstrengung verlange, ihren
Lebensunterhalt verdienen hätten, und doch sähen diese Männer täg-
lich über die gewählten Vertreter eines 45 Millio-
nen-Volkes zu Gericht. Welcher Grund bestände denn für die
Theorie, daß das Unterhaus sich aus wilden Revolutionären zu-
sammensetze? In der modernen Zivilisation liege keine Gefahr.
Bei der Revolution in Portugal sei das Eigentum
durchaus unberührt geblieben; sogar das Eigentum des
Monarchen sei nie angetastet worden. Aber wenn wir hier die
Steuern um einen halben Penny erhöhen wollen,
dann machen sie ein Geschrei, als sei das Ende aller Dinge
gekommen.

Bübereien.

London, 27. November. Der Minister des Innern Winston
Churchill wurde gestern abend, als er von einer Versammlung
in Bradford zurückkehrte, im Zuge von einem Anhänger des
Frauenstimmrechts mit einer Hundeweisheit tödlich an-
gegriffen, der ihm zurief: Nimm das, Du Hund. Zwei Detektiv-
beamte, die Churchill begleiteten, wehrten den Schlag ab und ver-
hafteten den Angreifer nach heftigem Kampfe. Bei seiner
Ankunft auf dem Londoner Bahnhof versuchten drei Frauen
auf Churchill einzudringen, wurden aber von der Polizei daran
gehindert.

London, 28. November. Vor dem Polizeigericht in Bow Street
erläutert heute der Reisende, der im Zuge Winston Churchill
tödlich angegriffen hatte. Er wurde in Untersuchung-
haft behalten und die Stellung einer Kaution abgelehnt.

Wahlunruhen in Irland.

Cork, 27. November. Heute abend kam es nach einer Ver-
sammlung von Anhängern Ledmonds zu ersten Unruhen.
Da die Teilnehmer an der Versammlung in feindseliger Weise gegen
Anhänger D'Vriens vorgingen. Die Polizei schritt mehrmals
ein. 80 Personen wurden verletzt und in die Kranken-
häuser gebracht.

Rußland.

Demonstrationen.

Moskau, 27. November. Auf verschiedenen Straßen und
Plätzen der Stadt veranstalteten Studenten heute Demon-
strationen gegen die Todesstrafe, die sogleich durch
Kajaken, Kosaken und berittene Polizei unterdrückt wurden.
181 Demonstranten wurden verhaftet, unter ihnen 60 Studien-
tinnen; verwundet wurde niemand. Die Verhafteten werden wegen
Verletzung von Anordnungen des Stadthauptmanns bestraft
werden.

Odessa, 27. November. Studenten und Studentinnen demon-
strierten gestern auf dem Tüfenplatze an der Ecke der Deri-
bassowskaja mit den Rufen: „Nieder mit der Todes-
strafe!“ Das Publikum schloß sich in Massen an.
Die Polizei griff energisch ein, es gab viele Verwundete.
Unter den Verhafteten befinden sich viele Frauen. Mitglieder der
„Schwarzen Bande“ passierten bewaffnet in allen Straßen
und schlugen die Schaufenster von Buchverletern und die Fenster von
Redaktionen liberaler Blätter und der Intellektuellen ein. Es
herrschte große Unruhe.

Ein neuer Gewaltstreik.

Veiersburg, 27. November. Die Mitglieder des Zentral-
bureaus der professionellen Verbände sind unter der An-
schuldigung verhaftet worden, für heute geplante Ar-
beiterdemonstrationen organisiert zu haben.

Verfolgung der Presse.

Die Situation, die sich in Rußland herausgebildet hat, führt
zu den hartesten Widersprüchen. Es besteht eine sozialdemokra-
tische Fraktion in der Duma, aber die Zugehörigkeit zur sozial-
demokratischen Partei wird mit Justizhaus bestraft. Das Vereins-
gesetz läßt Arbeitervereine zu, die einen Streikfonds haben, aber
bei Streiks werden oft die Arbeiter eingekerkert. Ebenso toll und
willkürlich ist die Behandlung der Presse. In Warschau begann
im April ein Wochenblatt zu erscheinen, das die Arbeiterinteressen
vertritt, die „Arbeiter“. Man müßte es dulden, denn es hielt sich
im Rahmen des Preßgesetzes. Aber die Polizeibehörde bekämpfte
das Blatt, indem es ihm wiederholt Geldstrafen — zusammen im
Laufe von vier Monaten 600 Rubel (über 1200 M.) — auferlegte
und acht Nummern konfiszierte. Bei den Gerichten wurden zwei
Prozesse anhängig gemacht. Endlich wurde das Blatt, nachdem
18 Nummern erschienen waren, unterdrückt. Darauf begann im
August ein anderes Blatt zu erscheinen, „Alkot“ („Der Hammer“).
Auch hier wurden vier Nummern konfisziert und 300 Rubel Geld-
strafe verhängt und ein Prozeß angesetzt. In der vergangenen
Woche aber erschien die Gendarmen, die die Rolle der politischen
Polizei ausübt und hielt in den Redaktionsräumen und der Woh-
nung des Redakteurs Hausdurchsuchung, worauf sie eine Anzahl
Exemplare konfiszierte, ohne sich um die geschlichen Vorrichtungen
zu kümmern, nach denen Konfiskationen nur von dem Zensur-
komitee verhängt werden dürfen. Klassisch war die Begründung:
„Das Blatt heißt zu Streiks auf!“ Da Streiks nicht verboten sind,
würde es sich also um gesetzlich zulässige Taten handeln, die mit
ungefährlichen Mitteln unterdrückt werden.

Brasilien.

Die Ubergabe der Schiffe.

Rio de Janeiro, 27. November. Sonnabend nachmittag kehrten
die Schiffe in den Hafen zurück. Der Führer der Reuterer
und 40 seiner Kameraden verließen den „Minas Geraes“. Man
nimmt an, daß sie geflüchtet sind. Die Schiffe haben die rote

Flagge noch nicht eingezogen. Der Marineminister hat zur Unter-
suchung einen Offizier an Bord gesandt. Der Marinestab wird
sich heute abend versammeln, um über die Haltung der Marine-
offiziere der Amnestie gegenüber zu beraten. Um 7 Uhr abends
ergaben sich alle Kriegsschiffe, deren Mannschaft gemuert
hatten. Zwei von der Regierung bestimmte Offiziere übernahmen
das Kommando. Es herrscht nunmehr vollständige Ruhe.

Mexiko.

Neue Kämpfe.

Mexiko, 28. November. Gestern fand bei Chihuahua
ein Gefecht statt, bei dem 400 Anhänger Maderos von
600 Mann Regierungstruppen geschlagen wurden. Von
den Revolutionären sind 13 Mann gefallen und mehrere ver-
wundet worden. Die Regierungstruppen hatten keinen Ge-
fallenen, aber mehrere Verwundete.

Aus der Partei.

Gemeindevahlerfolge.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Zehdenick i. Mark wurde
der sozialdemokratische Kandidat mit großer Majorität gewählt.
Den Genossen in Schinkel gelang es, bei der Gemeindevahl
für die 5. Klasse sämtliche drei Sitze zu erobern. Auch in
der 4. Klasse wurde ein sozialdemokratischer Kandidat gewählt.

Ein Austritt aus der Partei.

Wie uns aus Paris geschrieben wird, hat der Gemeinderat
Turot seinem Wahlkomitee angezeigt, daß er aus der gereinigten
sozialistischen Partei austritt. Er erklärt, daß er schon lange
keine innerliche Gemeinschaft mit ihr gehabt habe, was sich in
seinem äußeren Auftreten auch oft genug kundgegeben hat. Turot
hat in der „Petite Republique“ häufig Mittel im sozialistischen
Sinne geschrieben und ist u. a. während den Wahlen für Viviani
eingetreten. Er stellt sein Mandat seinem Wahlkomitee zur Ver-
fügung, was allerdings bei der üblichen Zusammensetzung der
Wahlkomitees, die nicht von der Partei, sondern von ihm selbst aus
dem Kreis seiner politischen und persönlichen Freunde zusammen-
gesetzt werden, kaum mehr als eine Formalität ist.

Jugendbewegung.

Zum Polizeikampf gegen die Arbeiterjugend.

Während die Berliner Polizei im Roßbiter Prozeß von einer
moralischen Niederlage in die andere taumelt, bemüht sich die der
Groß-Berliner Arbeiterschaft ja rühmlichst bekannte Licht-
berg-Kummelsburger Polizei lebhaft darum, ab und zu
auch von sich reden zu machen.

Hat da die kleine, nur 25 Mitglieder zählende Jugend-
vereinigung in Karlshorst am Sonnabend, den 26. November,
wegen Ermangelung eines Saales in Karlshorst, ihr Stiftungsfest
im Restaurant „Bellevue“ in Rummelsburg veranstaltet. Konzert,
Gesang, Rezitationen und eine Ansprache bilden den Inhalt des
Programms. „Was kann da nicht alles passieren.“ denkt vielleicht
der Herr Polizeipräsident von Lichtberg, und flugs ist ein Polizei-
offizier und ein Schutzmannaufgebot zur Stelle, um das staats-
gefährliche Stiftungsfest zu verhindern. Gesang, Rezitationen,
Festrede und Tanz werden unterjagt, nur Biertrinken ge-
stattet der Herr Präsident, und ein öffentliches Konzert wird schließ-
lich auch zugestanden. Bei Widerstand erfolgt Anwendung der
Gewalt.

Aber die Festteilnehmer wollen auf ihr Recht nicht verzichten,
und so versucht nach einigen Konzertsünden Genosse Schiller,
ein paar Worte an die Anwesenden zu richten. Ein „Geheimer“
benachrichtigt die auf der Straße harrende Polizei. Ein Wacht-
meister erscheint, notiert die Adresse des Redners und fordert die
Anwesenden auf, den Saal zu verlassen, nachdem man ihn
selbst auf das Angefällige seines Eindringens in eine geschlossene
Gesellschaft aufmerksam gemacht hat.

In einem benachbarten Saale beginnt nun der Gesangverein
einige Liedervorträge. Bei bester Laune und fröhlichem Tanz
bleiben die Festteilnehmer als Gäste des Gesangvereins zusammen,
bis auch hier gegen ein Uhr der Wachtmeister mit martialischer
Stimme „Feierabend“ gebietet.

Den Jugendvereinen ist es durch das Reichsvereinsgesetz ver-
boten, die Jugend über das Wesen des Klassenstaates zu belehren.
Allem Anscheine nach will die Polizei diese Aufgabe unfreiwil-
lig übernehmen. Und soll's recht sein.

Soziales.

Zum Kerzestreich in Halle.

Der Magistrat in Halle hat auf Grund des § 45, Abs. 5 des
Krankenversicherungsgesetzes dem Vorstand der Kasse unterjagt, Ver-
träge über Anstellung von Kassenärzten abzuschließen. Er behält sich
das Recht vor, die Kerzerverwaltung selbst in die Hand zu nehmen
und hat die Kassenorgane insoweit ihren Funktionen entzogen.

Das Eingreifen des Magistrats ist, wie in ähnlich gelagerten
Fällen das Oberverwaltungsgericht sündig anerkannt hat, ein rechts-
widriger Eingriff in die Selbstverwaltung der Kasse. Wir halten es
für selbstverständlich, daß die Organe gegen diesen Eingriff den
Rechtsweg beschreiten. Das behördliche Einschreiten liegt lediglich
im Interesse des Kerzerverbandes, nicht in dem der Kasse.

Syphilis und Ehe.

In der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechts-
krankheiten, Ortsgruppe Berlin, hielt dieser Tage Dr. R. Feder-
mann einen Vortrag über „Syphilis und Ehe“. Er besprach zunächst
die Bedeutung der Syphilis für die Eheheiligkeit, sodann die
Folgen, welche die Syphilis in der Ehe haben kann. Er wendete
sich gegen ein in Laienkreisen vielfach bestehendes Vorurteil, daß
die Syphilis nicht heilbar sei und wies auf die vielfachfindigen
Beobachtungen erfahrener Ärzte und vieler urteilsfähiger Laien
hin, daß man die Syphilis heilen kann, und zwar ohne daß schäd-
liche Folgen für die erkrankte Gattin oder ihre Familie hinter-
bleiben. Als wichtige Punkte für die Beurteilung der erfolgten
Heilung komme die Dauer der Erkrankung, der Verlauf der Er-
krankung in den ersten Jahren und die Gründlichkeit der statt-
gefundenen Behandlung in Betracht. Der Vortragende wies auf die
Wichtigkeit der Blutuntersuchung nach Professor von Wassermann
hin, durch welche es gelingt, auch in solchen Fällen die Syphilis
zu erkennen, wo äußere Zeichen der Krankheit fehlen. Auf Grund
jahrhundertelanger klinischer Beobachtung sei die Eingehung der
Ehe gestattet, wenn mindestens 5 Jahre seit der Ansetzung ver-
gangen, in den letzten 2 bis 3 Jahren keine Erscheinungen mehr
aufgetreten sind und die Kranken energische und gründliche Kuren
durchgemacht haben. Bei Erkrankung eines oder beider Ehegatten
sei die wichtigste Maßregel gründliche Behandlung des Erkrankten
und Schutzes der gesunden Umgebung. Bei der Besprechung der
Übertragbarkeit der Krankheit auf die Nachkommenschaft führte
der Vortragende an, daß in solchen Ehen oft früh- und zahl-
reiche Geburten vorkommen, und hob die Gefahren hervor, denen die Nach-
kommenschaft, Arzt und Gattin bei der Entbindung von mit
syphilitischen Erscheinungen befallenen Personen ausgesetzt sind.
— Zum Schluß erwähnte Redner kurz, welche Rolle die Syphilis
in der Rechtsprechung spielen kann und wie sie gelegentlich ein
Grund zur Anfechtung der Ehe und zur Ehecheidung wird.

Gewerkschaftliches.

Die Streikversicherung der Unternehmerverbände.

Nach einer statistischen Zusammenstellung im „Reichs-Arbeitsblatt“ sind im Jahre 1910 von 115.005 Mitgliedern der Unternehmerverbände, die 3.851.680 Arbeiter beschäftigen, 27.100 Mitglieder mit 1.952.480 beschäftigten Arbeitern gegen Streiksicheren versichert. 27 Reichs-, 51 Landes- und Bezirks- und 129 Ortsverbände gewähren eine Geldentschädigung. Nur bei Streik zahlen 18 Verbände, nur bei Aussperrungen drei Verbände, in beiden Fällen 124 Verbände Streikentschädigung. Die Entschädigung wird nach freiem Ermessen von 87 Verbänden, nach festen Grundsätzen von 88 Verbänden gezahlt. Die Textilindustrie figuriert bei dieser Aufstellung mit 48 Verbänden an erster Stelle, ihr folgt das Baugewerbe mit 45 Verbänden.

Berlin und Umgegend.

Die elende Lage der Eisenkonstruktionsarbeiter.

Eine allgemeine Versammlung der in den Eisenkonstruktionsbetrieben beschäftigten Arbeiter fand am Sonntag in den „Sophienhöfen“ statt. Nach einem fesselnden Vortrage des Verbandsvorsitzenden Cohen über die Steuerpolitik und die Aufgaben der Gewerkschaften beschloß die Versammlung mit den Zuständen innerhalb der Branche. Wie der Verbandsvorsitzende W. Schmidt und verschiedene Redner aus der Mitte der Versammlung ausführten, wird in den Eisenkonstruktionsbetrieben noch unter den allererbärmlichsten Verhältnissen gearbeitet, die überhaupt in der Metallindustrie Groß-Berlins zu finden sind. Während in den meisten übrigen Betrieben der Metallindustrie die neunstündige und zum Teil auch schon die achtsündige Arbeitszeit eingeführt ist, herrscht in den Eisenkonstruktionsbetrieben noch mit Ausnahme eines einzigen Betriebes die zehnstündige als die normale Arbeitszeit und dazu kommt noch die allgemein herrschende Heberzeitarbeit, durch die der Arbeitstag auf 14, 15 Stunden, ja manchmal noch weit länger ausgedehnt wird. Die Betriebe liegen draußen in den Vororten, in Neimiddorf, Lichtenberg, Tempelhof usw., und die Arbeiter sind infolge dessen genötigt, oft stundenweit zu fahren, um nach der Arbeitsstätte und von dort wieder nach Hause zu gelangen. Die Löhne sind elend und weit schlechter als in verschiedenen anderen Branchen der Metallindustrie. Gelehrte Schlosser und Schmiede werden mit 40 und 45 Pf. Stundenlohn eingestellt, und wenn sie es wirklich nach langen Jahren der Tätigkeit in einem Betriebe endlich auf 55 Pf. bringen, so gilt das als ein sehr hoher Lohn. Ungelernte Arbeiter werden mit 35 Pf., ja sogar mit 32 Pf. eingestellt. Dabei ist die Arbeit äußerst anstrengend, wird zu einem großen Teil im Freien ohne Schutz auf Wind und Wetter ausgeführt und ist mit Lebensgefahr verknüpft. Die Unfallgefahr in den Eisenkonstruktionsbetrieben wird nur noch von der Vergütung überboten. Der elenden Vergütung und der überlangen Arbeitszeit entsprechen auch die sanitären Verhältnisse in den Betrieben. Bei Unfällen muß der Verletzte manchmal stundenlang auf Hilfe warten, und ein ordentliches Verbandswesen ist für die erste Hilfe nicht zur Stelle. Das Unternehmertum sucht mit allen Mitteln die Arbeiterorganisation zu unterdrücken. Wird in einem Betriebe eine Werkstattversammlung einberufen, so läßt man gewöhnlich so lange Heberzeit arbeiten, daß die Arbeiter nicht daran teilnehmen können. Die Firma Drudenmüller in Tempelhof hatte zum Sonntag plötzlich Inventur angeordnet, offenbar um die Arbeiter vom Besuch der allgemeinen Branchenversammlung abzuhalten. Sie wollten wohl nicht, wurde in der Versammlung gesagt, daß die Zustände in ihrem Betriebe öffentlich besprochen werden sollten. Es wird dort unter anderem sehr über die Behandlung geklagt. Es wurden in der Versammlung noch verschiedene andere Firmen genannt, bei denen die Zustände alles zu wünschen übrig lassen, was die Arbeiter billigerweise fordern können. Die elenden Löhne werden häufig durch eine Art Affordsystem verschleiert, bei dem der Arbeiter nach einer Arbeit von mehreren Wochen, wenn gut geht, vielleicht 50 Pf., 1 M., bis 4 M., an Affordüberschuß ausgezahlt erhält. Es kommt aber auch vor, daß nach Vollendung der Arbeit sich ein Defizit gegenüber dem Stundenlohn herausstellt und daß dieses Defizit dann bei dem nächsten Heberzuschuß in Abrechnung gebracht wird und schließlich immer noch ein Defizit übrig bleibt. Das Affordsystem dient natürlich nur dazu, daß die Arbeiter ihre Kräfte bis aufs Keuferste des Menschlichen anstrengen, ohne einen entsprechenden Verdienst dabei zu erzielen. Zum Teil sind die Arbeiter infolge dieser erbärmlichen Verhältnisse so tief gesunken, daß sie gar nicht mehr den Mut finden, dagegen anzukämpfen, und förmlich demotiviert, durch moßlose Heberzeitarbeit das zum Leben Notwendige herbeizuschaffen. Die Versammlung lieferte jedoch in ihrem ganzen Verlauf den Beweis, daß es jetzt auch unter der Arbeiterschaft der Eisenkonstruktionsbetriebe tagt, daß der Gedanke der Organisation auch bei ihnen immer mehr zum Durchbruch kommt und daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo auch sie die Kraft finden werden, ertrockene Lohn- und Arbeitsbedingungen mit dem nötigen Nachdruck von den Unternehmern zu fordern.

Die Lohnbewegung der Klavierarbeiter.

In einer vom Holzarbeiterverband einberufenen Branchenversammlung der Klavierarbeiter, die am Donnerstag in den „Andreas-Höfen“ stattfand, berichtete der Obmann Leopold über das Ergebnis der in diesem Herbst durchgeführten Lohnbewegung in der Branche. Sie erstreckte sich auf 40 Betriebe mit 2635 Beschäftigten. Die Unternehmer hoben sich im allgemeinen nicht allzu viel geprübelt, die geforderten Forderungen anzuerkennen. In dem größten Teil der Betriebe wurde die Bewegung ohne Arbeitsunterbrechung mit dem gewünschten Erfolg beendet. In 19 Betrieben kam es zum Streik und die Zahl der Streikenden war 529. In 10 dieser Betriebe dauerte der Streik weniger als eine Woche, in den übrigen eine bis acht Wochen. Durch die Bewegung wurden für 1102 Beschäftigte, unter ihnen 21 Arbeiterinnen, Lohnerhöhungen erzielt, die im Durchschnitt 5,21 Proz. ausmachten. In einigen Betrieben ist die Lohnerhöhung sehr gering, bis hinunter zu 2½ Proz., in anderen beläuft sie sich jedoch auf bis zu 10 Proz. Außerdem wurde in 13 Betrieben Beförderung der Arbeitszeit erreicht, in einem Betriebe um eine halbe Stunde, in zwei um zwei Stunden und in einem Betriebe um 4½ Stunden.

Die Unternehmerorganisation hat sich bei der Bewegung im Hintergrunde gehalten. Am 17. Oktober erschien zwar in der „Instrumentenbauzeitung“ eine kurze Notiz, wonach die Unternehmer beschlossen hätten, „überstimmten“ Forderungen gemeinsam entgegenzutreten; aber der Verein der Pianofabrikanten hat in keinem Falle eingegriffen. Offenbar hat man die Forderungen nicht als überstimmten ansehen können. Allerdings hat die Unternehmerorganisation in einem Rundschreiben die Namen der ihr gemeldeten Streikenden bekanntgegeben und vor ihrer Anstellung in anderen Betrieben gewarnt. Das hat jedoch keinen Einfluss auf die Bewegung auszuüben vermocht. In Verhandlungen mit den Vertretern des Holzarbeiterverbandes waren die organisierten Klavierarbeiter im allgemeinen nicht zu haben. Sie erklärten den Werkstattkommissionen gegenüber in der Regel: „Mit der Arbeiterorganisation lassen wir uns überhaupt nicht ein. Wenn wir verhandeln, dann verhandeln wir nur mit ihnen.“ Da es den Arbeitern in der Hauptsache darum lag, die notwendigen Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen, ließen sie die Verhandlungen an der Ausschlachtung der offiziellen Vertretung ihrer Organisation nicht scheitern.

Mit dem Ergebnis der Lohnbewegung läßt man, meinte der Redner, unter den gegebenen Verhältnissen zufrieden sein. Das gelte jedoch nicht, wenn man in Betracht zieht, daß die erzielten Verbesserungen sich nur auf einen Teil der Betriebe und beschäftigten Arbeiter erstrecken. Was diesem nicht erreicht wurde, müsse bei nächster Gelegenheit nachgeholt werden.

Achtung, Glasarbeiter! Die Situation bei der Firma J. Schmidt, Genthiner Straße 3, ist in ein anderes Stadium getreten. Die Firma sucht jetzt mit allen Mitteln einen Zwischenmeister zu ergattern, doch sind die Bedingungen der Firma derart, daß sich bis jetzt noch niemand gefunden hat. Auch die hinausgeworfenen Kollegen haben es der Firma angetan. Sie erklärt, daß keiner derselben mehr in den Betrieb hinein kommt. Also auf die Vernichtung der Organisation hat es die Firma abgesehen. Jeder Glasarbeiter und Polierer ist verpflichtet, die Firma streng zu meiden, bis sie sich eines anderen befehlen läßt.

Verband der Glasarbeiter.

Deutsches Reich.

„Sozialdemokratische Agitationsmoral.“

Einen Brief des Gauleiters Ahrens aus Köln vom Verband der Bauhilfsarbeiter benutzt die Zentrumspresse, um die „sozialdemokratische Agitationsmoral“ zu beleuchten. Ahrens, der damals Gauleiter für Rheinland-Westfalen war, hat im April 1904 an einen Verbandskollegen mit Namen Jakob Wilkin, der in Düren die Agitation besorgte, einen Brief geschrieben, worin er diesem Ratsschläge für seine Werbetätigkeit gibt. In dem Briefe kommt die Wendung vor: „Wir müssen schlecht wie die Nacht sein!“ Es wird Wilkin geraten, die Hilfsarbeiter Dürens darauf hinzuweisen, daß die Maurer im christlichen Bauhandwerkerverband seien und sich um die Hilfsarbeiter nicht kümmern; dann würden sich die Hilfsarbeiter dem Bauhilfsarbeiterverband anschließen. Zur Erlangung von Verammlungslokale solle Wilkin die Wirte in den Gauen überzeugen, als handle es sich um einen christlichen Verband.

Diesen Brief, der allerdings kein Meisterstück ist, bringt jetzt, nach sechsmonatigen Jahren, die Zentrumspresse heraus. Der Brief ist die Antwort auf ein Schreiben des Wilkin, der mitgeteilt hatte, wie ihn die Christlichen fortwährend aus der Arbeit brächten. Wilkin fragte: „Ist das nicht gemein; sie wissen doch, daß ich ein halber Krüppel bin!“ Weiter gingen die Christlichen zu den Wirten, machten ihn schlecht und trieben dem Verband die Lokale ab. Was soll ich gegen diese christliche Spießbücherei machen“, schrieb damals Wilkin. Und der Ahrensche Brief war die Antwort. Was Ahrens geschrieben hat, war der Ausfluß der Entrüstung über die schändliche Kampfweise der Christlichen und über die Malträtierung des Wilkin, des nämlichen Mannes, der jetzt seinen damaligen Peiniger das Schreiben ausgeliefert hat. Es ist Ahrens, der den Brief in äußerster beruflicher Anstrengung und Empörung über die „christliche“ Kampfweise schrieb, nie eingesehen, im Ernst die Unmoral zum Agitationsgrundfah zu machen. Niemand, der Gelegenheiten hatte, ihn in den letzten sechs Jahren zu beobachten, wird ihm das Zeugnis versagen, daß er nicht anständig und einwandfrei sich in der Agitation betätigt hat. Der Rat galt für den Krieg mit einem nichterträglichen Gegner. Ahrens kann mit demselben Recht, wie der selige Bindhorst verlangen, daß man den ominösen Satz nicht buchstäblich nehme; Bindhorst hat für sich das Recht in Anspruch genommen, seinen Ausspruch: „Da haben wir uns mit Gottes Hilfe wieder mal glücklich durchgelogen!“ harmlos zu deuten.

Streik in der Brauerei von Hammer in Plauen i. V.

Die Firma mahregelte zwei Mitglieder der Tarifkommission und sie versuchte auch auf die übrigen Arbeiter einzuwirken, daß sie aus der Organisation der Brauereiarbeiter austreten sollten. Als die Betriebsleitung kein Geld damit hatte, wurden weitere sechs Arbeiter gemahregelt. Montag, den 28. November, beantworteten die organisierten Arbeiter des Betriebes diese Mahregelung mit der Arbeitseinstellung. Zugug ist fernzubalten.

Der Kohlenarbeiterstreik in Mannheim, in der syndikalfreien Kohlenvereinigung, ist mit einem Teilerfolg für die Arbeiter beendet worden. Erzielt wurde eine Lohnzulage von durchschnittlich 2 M. pro Woche.

Die Lohnbewegung der oberbayerischen Vergarbeiter vor dem Vergewerbergericht.

Da die Direktion der oberbayerischen Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau jedes Entgegenkommen in der Lohnfrage ablehnte, haben die beteiligten Gewerkschaften des Vergewerbergerechts München zur Schlichtung der Differenzen angerufen. Unter Zugiehung von Vertrauensmännern trat am Sonnabend das Einigungsamt des Vergewerbergerechts zusammen. Die unter dem Vorsitz eines Oberbergrats geführten Einigungsverhandlungen scheiterten an der Haltung der Direktoren, die einfach erklärten, daß sie in der Lohnfrage keinerlei Entgegenkommen zeigen können, da die geschäftliche Konjunktur gegenwärtig keine günstige sei. (1) Die Arbeitnehmervertreter beantragten schließlich Schiedsspruch dahin zu erlassen, daß die Löhne der Belegschaften Benzberg und Hausham gleichgestellt werden, soweit bei ihnen Differenzen vorhanden sind.

Schiedsspruch:

Das Einigungsamt des Vergewerbergerechts München bezeichnet es als recht und billig, daß die Löhne der Grube Hausham mit jenen der Grube Benzberg auf gleiche Höhe gebracht werden, soweit die Betriebs- und persönlichen Verhältnisse der Arbeiter es zulassen. Vorstehender Schiedsspruch wird eröffnet mit der Aufforderung an die Parteien, sich innerhalb vier Tagen zu demselben zu äußern. Die Nichtabgabe der Erklärung gilt als Ablehnung der Unterwerfung.

Ausland.

Ein verlorenen Kampf.

New York, 14. November. Mit einer Niederlage der Arbeiter endete der vor drei Wochen in New York und Jersey City begonnene Kampf der Aufseher und Hilfsarbeiter der großen Erpreßgesellschaften, die sich vor allem mit der Beförderung von Paketen befassen. Heute kehrten die Geschlagenen unter den gleichen Verhältnissen, derenhalten sie in den Streik einzutreten, zur Arbeit zurück. Sie haben die günstige Gelegenheit verpaßt, die Erpreßmagazinen auf die Knie zu zwingen. Zu ihrer Entschuldigung läßt sich indessen sagen, daß sie vom Bahner (Oberbürgermeister) Gahner schände hintergangen wurden, und daß auch die Leitung des Streiks viel zu wünschen übrig ließ. Dazu kommt als die Hauptursache des Mißerfolges die törichte Zersplitterung der Transportarbeiter. Zwar sind die Transportarbeiter alleamt der American Federation of Labor (Arbeiterbund) angegeschlossen, aber für die Angehörigen der hiesigen Fuhrwerke existieren nicht weniger als zwölf verschiedene Gewerkschaften, und diese wiederum sind in zwei verschiedene Lokalverbände zusammengefaßt. Legte eine Gewerkschaft die Arbeit nieder, besorgten Leute einer anderen den Transport.

Trotzdem konnten die Erpreßgesellschaften vor etwa einer Woche, als Gahner es ablehnte, noch weiterhin jeden von Streikbrechern bedienten Erpreßwagen durch Polizisten eskortieren zu lassen, den Transport nur zum verschwindenden Teil bewältigen. Und als dann gleichzeitig die städtischen Behörden verlangten, daß in Heber-einstimmung mit einer Stadtpolizeiverordnung nur lizenzierte Wagen und lizenzierte Aufseher in Dienst gestellt werden dürfen, war die Verwendung der von auswärts herangezogenen Streikbrecher ausgeschlossen. Das war der Stand der Dinge vor der am 8. November abgehaltenen Wahl. Datten damals die Aufseher und Chauffeure gleichzeitig gestreikt, so hätte der Streik einen für sie siegreichen Verlauf nehmen müssen. Aber die günstige Gelegenheit blieb ungenutzt. Nur etwas über 1000 Chauffeure und die Ablieferungsaufseher einiger großer Ladengeschäfte schloßen sich dem Ausstand an.

Nach der Wahl schwächte Bahner Gahner, der sich in der Vermittlerrolle gefiel, den Gewerkschaftsbeamten einen Tarifvertrag auf, der von den Ausständigen in Jersey City zunächst verworfen, aber gestern auf den Rat der Führer angenommen wurde, nachdem der hiesige Oberbürgermeister gedroht, die Polizei in den Dienst der Erpreßgesellschaften zu stellen, falls die vorgeschlagenen Friedensbedingungen nicht die Zustimmung der Streikenden finden.

Und diese Bedingungen? Die Arbeitsverhältnisse der Aufseher und Hilfsarbeiter der Erpreßgesellschaften bleiben unverändert. Guldoll versprach man den Gewerkschaftsmitgliedern, sie wegen ihrer Organisationszugehörigkeit nicht zu mahregeln. Daß von dertartigen Versprechungen rein gar nichts zu halten ist, lehrt die Erfahrung hierzulande tausendfach. Im übrigen soll über die Bedingungen der Leute nach der Wiederaufnahme der Arbeit „verhandelt“ werden.

Die Chauffeure beharren weiter im Ausstand.

Aus Industrie und Handel.

Ein feiner Ton.

In dem Organ für Scharfmacherei und Hochschutzzoll, der „Post“, lesen wir folgende Sonntagspredigt:

„Der Zentralverband Deutscher Industrieller schreibt über die Kampfsmethode des Bundes der Industriellen:

In der Nr. 22 seines Organs „Deutsche Industrie“ vom 20. d. M. richtet der „Bund der Industriellen“ in einem sieben Spalten langen Artikel, dem er eine vier Spalten lange Schlußschrift eines der ihm angeschlossenen Vereine folgen läßt, wieder einmal die schwersten Angriffe gegen den Zentralverband Deutscher Industrieller. Mit einem unglaublichen Aufwand von Verleumdungen und Unwahrheiten wird der Versuch gemacht, die Leser davon zu überzeugen, daß die gesamte Tätigkeit des Zentralverbandes „mit seinen verhältnismäßig wenigen Hintermännern“ bisher lediglich dazu gedient hat, die Interessen der deutschen Industrie auf allen Gebieten in höchstem Maße zu schädigen. Es werden in diesem Artikel die tatsächlichen Vorgänge in einer Weise entstell, wie es in der gleichen gehässigen und verheerenden Form bisher wohl nur die sozialdemokratische Presse sich geleistet hat und die uns ohne weiteres der Rüge enthebt, auf derartige Anwürfe sachlich zu erwidern. Ein solches, lediglich auf die gänzliche Unfähigkeit der Leser berechnetes Nachwerk hängt man dadurch niedriger, daß man demselben in der Industrie die weiteste Verbreitung verschafft. Wir haben und daher beanlagt gesehen, von der Nr. 22 der „Deutschen Industrie“ den abgedruckten Vortrat aufzukaufen und zur Verwendung zu bringen, damit, soweit als möglich, allen Industriellen Gelegenheit gegeben wird, sich aus diesem Vorgange ein Bild von dem wahren Wesen des Bundes der Industriellen zu machen und zu erkennen, von welcher Seite unaufrichtig die so höchst beklagenswerte Uneinigkeit und Spaltung in der ganzen deutschen Industrie mit den verwerflichsten Mitteln genährt wird. Ein Verband, der unter jetzigen schwierigen Zeitläuften für die Industrie seine aufwendigste Aufgabe nur in Verheerung und geschäftigen Angriffen auf einen anderen wirtschaftlichen Verband, mit dem er sich auf seinen eigenen Wunsch hin noch vor einigen Jahren zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen hatte, sieht, dürfte seine Daseinsberechtigung ohne weiteres einbüßen und es bleibt nur das eine an dem ganzen Vorgange unverständlich, wie die im Vorstande des Bundes der Industriellen sitzenden hochbetagten Männer der Industrie ein solches Nachwerk der Geschäftsführung mit ihrem guten Namen decken können.“

Wie kann man es aber auch wagen, gegen die Pländerpolitik der Ritter, Feilgen und Scharfmacher ein Wort der Kritik zu erlauben. Das ist doch ein Staatsverbrechen, wofür dem Bundes der verarbeitenden Industrie die Daseinsberechtigung abgesprochen wird. Erstzuzuberechtig ist nur der — Schnapsblod.

Der Schnaps bringt — Gewinn. Die Nordhäuser Aktien-Spiritsabrik vorm. Leigner u. Co. in Nordhausen bringt wieder 20 Proz. Dividende zur Verteilung.

Letzte Nachrichten.

Vergarbeiterausstand im Ruhrrevier.

Dolffs Telegraphenbureau verbreitet folgende Nachricht aus Essen (Ruhr): Auf der Zeche Lucas bei Dortmund (Eigentum der Aktiengesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und in Westfalen) sind heute von 410 Mann der Belegschaft 391 in den Ausstand getreten. Die Betriebsverwaltung hatte vor einigen Tagen eine Anzahl Arbeiter wegen Nichtinnehaltung der Seilschiffsordnung bestraft. Nachdem die Verwaltung die geforderte Zurückziehung der Strafe abgelehnt hatte, wurde eine Belegschaftsversammlung einberufen, die eine Kommission wählte, welche der Betriebsverwaltung die Wünsche und Beschwerden der Belegschaft vortragen sollte. Die Verwaltung lehnte die Verhandlung mit der Begründung ab, daß der Arbeiterausstand hierfür zuständig sei, und erklärte sich bereit, mit diesem zu verhandeln. Montagnachmittag fand diese Besprechung mit dem Arbeiterausstand statt.

Der beleidigte Landrat in Rotenburg.

Bremen, 28. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Wegen Beleidigung des Landrats in Rotenburg hatten sich heute der verantwortliche Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung“ Genosse Holzmeier und der Redakteur der „Weserzeitung“ Fritzer vor der Strafammer des hiesigen Landgerichts zu verantworten. Es handelte sich um eine Notiz, in der mitgeteilt wurde, der Landrat habe von der Witwe eines bei dem Scheseler Eisenbahnunglück zu Tode gekommenen Sonner Privatdozenten 8 M. für die Reinigung einer Regalbahn, in welcher die Leiche aufgedahrt gewesen sei, auf polizeilichem Wege einzuziehen lassen. Diese Notiz war zuerst in der „Weserzeitung“ erschienen und zum Teil von der „Bremer Bürgerzeitung“ übernommen worden. Gegen die „Weserzeitung“ wurde auf 300 M., gegen die „Bürgerzeitung“ auf 50 M. Geldstrafe erkannt. — Der Staatsanwalt beantragte gegen die „Weserzeitung“ 500, gegen die „Bürgerzeitung“ 100 M. Geldstrafe.

Eine sozialistische Interpellation.

Paris, 28. November. (B. L. B.) Zu Beginn der Deputiertenkammer gab der Präsident Brisson die von dem sozialistischen Deputierten Willm eingebrachte Interpellation über den Tod des auf dem Marsche in Sidalgerien umgekommenen Fremdenlegationsrats Weisbrod bekannt. Der Kriegsminister erklärte, daß er über den Vorfall eine Untersuchung eingeleitet habe und deshalb eine Vertagung der Interpellationsdebatte verlangen müsse. Die Kammer erteilte diesem Antrag gemäß die Vertagung der Interpellation auf den 18. Dezember an.

Ein Justizmord!

Muen, 28. November. (Freh-Rel.) Im hiesigen Gefängnis wurde heute ein Individuum eingeliefert, das als eigentlicher Urheber des Mordes an dem Arbeiterwilligen Dongé gilt. Erweist sich der Verdacht der Polizei als begründet, dann wird der Prozeß, in dem erst vor wenigen Tagen ein Syndikatsführer als Anführer zur Ermordung Dongés zum Tode, mehrere Syndikatsmitglieder zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, von neuem aufgenommen werden müssen.

Eröffnung des rumänischen Parlaments.

Bukarest, 28. November. (B. L. B.) Die Tagung des Parlaments ist heute eröffnet worden. Die Thronrede spricht u. a. von Maßnahmen gegen den Alkoholismus und Förderung des Volksschulunterrichts in den Landgemeinden.

Reichstag.

88. Sitzung. Montag, den 28. November, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratssitz: v. Bethmann Hollweg, Dr. Dehnbach, Habenstein, Dr. Lisca, v. Breitenbach. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzes zur Befreiung von Reichsbanknoten verwandten Papiers gegen unbedingte Rückzahlung.

Die einzelnen Paragraphen werden nach unerheblichen Bemerkungen des Abg. Kirich (Z.) angenommen. Es folgt die erste Beratung des Gesetzes betreffend den Ausbau der deutschen Wasserstraßen und die Erhebung von Schiffsahrtsabgaben.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

In der Mitte des vorigen Jahrhunderts war man allgemein der Meinung, daß die Kosten für den Ausbau der natürlichen Wasserstraßen sämtlichen Steuerzahlern aufzulegen ist.

Zwischen haben die Anschauungen mit der gewaltigen Ausdehnung des Binnenschiffsverkehrs und mit der Steigerung der Kosten für den Ausbau der Wasserstraßen sich geändert. Eine Schiffsahrtsabgaben freundliche Stimmung ist nicht nur in Preußen hervorgerufen. Das preussische Wasserstraßengesetz wurde als mit der Verfassung in Widerspruch stehend bezeichnet.

Der Entwurf beruht auf einem einstimmigen Beschluß des Bundesrats: Die Zustimmung war nur möglich, indem jeder die Einzelinteressen dem Allgemeininteresse unterordnete. Ich hoffe, daß der Reichstag den Grundlagen des Gesetzes zustimmen wird.

Preussischer Eisenbahnminister v. Breitenbach verweist darauf, daß der Entwurf von denselben Gesichtspunkten ausgeht, die er bereits 1908 bei Verantwortung der freistimmigen Interpellation wegen des preussischen Wasserstraßengesetzes hervorgehoben hat.

Abg. Am Jahnhoff (Z.): Wir halten die Vorlage mit der Regierung für verkehrspolitisch und begründen das hohe Ziel, das mit ihr verfolgt wird. Ueber die Frage, ob Schiffsahrtsabgaben berechtigt sind, ist ja viel gestritten worden.

Abg. Kirch (Z.): Die Mehrheit meiner Fraktionsfreunde stimmen dem Grundgedanken der Vorlage zu, meine Fraktionsfreunde aus dem Königreich Sachsen werden ihren ablehrenden Standpunkt begründen, aber unsere Mehrheit ist der Meinung, daß derjenige, der Vorteile von bestimmten Aufwendungen hat, auch dafür bezahlen muß.

Abg. Frank-Rammheim (Soz.): Die sozialdemokratische Partei läßt sich von keiner anderen an Verkehrspolitischkeit überreffen. Gerade deshalb empfangen wir die Vorlage mit schärfstem Mißtrauen.

Kleines feuilleton.

Theater.

Neues Schauspielhaus: „Genoveva“ von Heibel. Heibel schrieb die „Genoveva“ unmittelbar nach seinem Erstling „Judith“ noch in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts; in der Wahl und Form des Stoffes von der langsam vererbenden romantischen Literatur schließlich noch stark beeinflusst.

Aber der Poet, der in der „Judith“ sich zu geschlossener, wichtiger Darstellung erhebt, in der die großen Abstrichen lebendig fühlbar werden für die Phantasie der Zuschauer, dringt es in seiner „Genoveva“ zu keiner konzentrierenden Organisation. Freit, in fortwährendem Szenenwechsel läuft das Schauspiel auseinander.

Maria Wagner trat den ausgezeichnet innigen, schlicht überzeugenden Gesichts und dieser Wirkung blieb ihr auch im weiteren tren. Es lag ein stiller Schimmer der Verklärung über der Gestalt.

ist, glaube ich, seit der Gründung des Reiches das erste Mal, daß einzelne Staaten mit ihren Bundesratsmitgliedern sich an die Öffentlichkeit wenden mühen. Die Denkschrift Badens und Sachsens gegen die Schiffsahrtsabgaben hat gewirkt wie ein Kottschare, wie ein Hülsen. Dort war alles zusammengetragen, was sich gegen den Plan lösen läßt. Aber was hilft es im Kriege, wenn auf der einen Seite alle guten Gründe, auf der anderen alle starken Bataillons stehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Verlesung der Verfassung.

Der Reichskanzler ist mit der an ihm gewohnten Eleganz darüber hinweggegangen. Er sagt, die Frage hat keine Bedeutung mehr. Aber es ist doch von Interesse festzustellen, daß der größte deutsche Bundesstaat ein Gesetz gemacht hat, das im Widerspruch mit der Verfassung des Reiches steht und daß der Reichskanzler keinen Einspruch dagegen erhoben hat.

Sorgfalt vorbereitete Ausführung. Herr Ziegel deklamierte den Volo geschickt, doch ohne individuelle Prägung.

Musik.

Leser von Berliner Premierendirekten warten wohl auf Nachricht von einem Durchfall „mit Bomben und Granaten“ oder gar von einem „Theaterlandsturm“. Nur dürfen sie dabei nicht an die heitere dramatische Musik denken und müssen auch noch mit den veränderten Breiten rechnen.

Ob dann im Text gerade das Töchterchen einer Tabakverleiherin „zum Theater gehen“ und sich doch von ihrer Wuppe nicht trennen will, vom Dasein ihres Liebhabers in sein Pariser Hotel genommen wird und dort zwischen Lebemannern und einer spanischen Tänzerin Gegenstand von weiblichen Mißverständnissen wird, bis sich endlich die Paare kriegen — oder ob die Geschichte ein bißchen anders ist: das macht nichts Wichtiges aus.

Die Komische Oper kann ihre Ausländer nicht lassen. Wenn es nicht direkt ein ausländischer Komponist ist, den sie zu Worte kommen läßt, so ist zum mindesten der Stoffländer Ausländer.

verkleinert und verflechteter Bundesrat sein. In der sächsisch-badischen Denkschrift findet sich eine lehrreiche aber melancholische Stelle. Es heißt da, theoretisch bestünde ja die Möglichkeit, Preußen gegenüber im Bundesrat einen Beschluß durchzusetzen.

Noch schwerwiegender als die Bedenken für die innere Politik sind die Sorgen für die äußere Politik, welche durch diese Vorlage entstehen. Ich hätte sehr gern von dem Reichskanzler statt einiger philosophischer Bemerkungen gehört, wie denn Holland und Oesterreich sich zu dieser Vorlage stellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind überzeugt, daß die Vorlage nicht benutzt werden wird zum Ausbau der deutschen Ströme, sondern zum weiteren Ausbau der deutschen Wucherpolitik.

Abg. Wölfl (nat.): Ein Teil meiner Freunde stimmt mit mir den Grundgedanken der Vorlage zu und kann die gegen die Schiffsahrtsabgaben erhobenen Bedenken wirtschaftlicher und verfassungsrechtlicher Natur in keiner Weise teilen.

Abg. Raupf (Hortskr. Sp.): Es handelt sich um eine der wichtigsten Vorlagen, die dem Reichstage seit langer Zeit vorgelegt haben. Die Abgabefreiheit der deutschen Flüsse hat sich durchaus bewährt. Ihre Beseitigung kann nur verkehrspolitisch wirken.

In wirtschaftlicher und technischer Hinsicht bietet die Begründung so gut wie nichts. Hier steht die sächsisch-badische Denkschrift weit über ihr. Wenn die Vorlage Gesetz wird, ist der Reichstag für alle Zeit ausgeschlossen von der Mitwirkung bei Fragen der Schiffsahrtsabgaben.

„Die Sünde des Priesters“ niedergelegt hat, als Oper zu hören. In Frankreich selbst ist es der langjährige Freund Zolas, Alfred Bruneau, der den gleichen Roman zu einem Opernopus verarbeitet hat; es erging Bruneaus Oper nicht besser als der Weg von Oberleitner; man hörte sie mit einer unwillkürlichen achtungsvollen Spannung an, einer Spannung, die jedoch fast ausschließlich der Entwicklung des Liebesromanes zwischen dem sündigen Priester Moutret und dem symbolisch aufzufassenden Naturföndigen Albine galt.

Notizen. — Jhanes' Stierkamproman „Die Arena“, die im Unterhaltungsblatt erschien, wird jetzt in Buchform von den „Süd-deutschen Monatsheften“ in München herausgegeben. Preis 3,50 M. geb. 4,50 M.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Stenauer Viertel. — Bezirk 348,
Teil I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unsere Genossin
Fräulein Anna Sachs
Kosener Straße 6
gestorben ist. 222/12
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, den 30. d. M., nachmittags
3 Uhr, von der Leichenhalle des
Zentral-Friedhofs in Friedrichs-
felde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Verband der Schneider,
Schneiderinnen u. Wäsche-
Arbeiter Deutschlands.**
(Filiale Berlin I.)
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern geben wir
hiermit bekannt, daß die Kollegin
Anna Sachs
im Alter von 41 Jahren ver-
storben ist. 164/2
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 29. November, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes
in Friedrichsfelde aus statt.
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Gemeinde-
und Staatsarbeiter.**
Filiale Groß-Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Gasarbeiter
Ferdinand Stirnat
am 19. d. M. und im Alter von
65 Jahren der Wasserwerksarbeiter
Gustav Buch
verstorben sind.
Am 24. d. M. verschied ferner
unser Kollege
Margarete Krause
im Krankenhaus Köpenick.
Ehre ihrem Andenken!

**Verband der Fabrikarbeiter
Deutschlands.**
Am Freitag, den 25. November,
verstarb an den Folgen eines De-
niebungsanfalls unser Kollege
Robert Renk.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 29. November,
nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem
Gemeinde-Friedhof in Oberdönhofs-
weide statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
64/7 Die Ortsverwaltung.

Am Montag, den 28. November,
entschlief sanft mein inniggeliebter,
unvergesslicher Mann, unser treu-
sorgender Vater, der Gastwirt
August Lange
im noch nicht vollendeten 60. Le-
bensjahre.
Dies zeigen in tiefer Betrüb-
nis an allen Freunden und Be-
kannten
Emille Lange
nebst Kindern,
Reimendorfer Straße 42.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 1. Dezember,
nachmittags 1 1/2 Uhr, vom Ge-
meinde-Krankenhaus, Große Ham-
burger Straße, aus statt.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Segel-
macher
John Meyer
am 17. November im Alter von
39 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
52/16 Die Bezirksverwaltung.

**Verein Berliner
Buchdruck - Maschinenmeister.**
Den geehrten Mitgliedern zur
Nachricht, daß am Freitag, den
25. November, unser Kollege
Otto Dergmann
nach kurzer Krankheit verstorben ist.
Sein Andenken werden wir in
Ehren halten!
Die Beerdigung hat am Montag
in Friedrichsfelde stattgefunden.
283/13
Der Vorstand.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Rahmen-
macher
Otto Roeder
am 26. November verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 29. November,
nachmittags 4 Uhr, von der Halle
des Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Am 26. November verstarb
plötzlich unser lieber Kollege, der
Schriftsetzer 196/1
Oswald Hellmers
im 68. Lebensjahre.
Es werden ihm ein gutes
Andenken bewahren
**Die Setzer
des „Berliner Tageblatts“.**
Die Beerdigung findet morgen
Mittwoch, den 30. November,
nachmittags 3 Uhr, auf dem Dom-
friedhofe, Köpenicker Str. 72, statt.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsjahre Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen und Kolleginnen
zur Nachricht, daß unser Mitglied,
die Arbeiterin
Gertrud Damerow
am 26. d. M. an Blinddar-
menentzündung gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 30. November,
nachmittags 1 Uhr, von der
Leichenhalle des Städtlichen Fried-
hofes in der Seestraße aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
126/7 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 27. November,
verstarb plötzlich meine Frau
Marie Prostak
geb. **Berlinsky.**
Dies zeigt hiermit tiefbetrübt
an mit der Bitte um stille Teil-
nahme 204/66
Albert Prostak, Henschelstr. 14.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch 2 Uhr von der Leichen-
halle des St. Sebastian-Friedhofes,
Humboldtstraße, aus statt.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlich
Teilnahme und reichen Kranzspen-
den beim Heimgange meiner lieben Frau,
unserer guten Mutter und Großmutter
Alma Ehringshausen
sagen wir hiermit allen Verwandten,
Freunden und Bekannten, insbesondere
dem Wahlverein des vierten Kreises
herzlichsten Dank. 1926/4
Im Namen der Hinterbliebenen
Rud. Ehringshausen.

Für die vielen Beweise herzlich
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes und guten Vaters
Otto Schmidt
sagen wir hiermit allen Verwandten
und Bekannten, dem Metallarbeiter-
verband, dem 6. Wahlverein, dem
Votterverein „Aut Treff“, den
Freunden und Kollegen der Firma
Hr. Peters Koch und dem Personal
der Betriebswerkstatt und Maschinen
der S. V. W. unsern herzlichsten Dank.
Bedwig Schmidt und Sohn.

Dankfagung.
Sage allen Kollegen für die her-
liche Teilnahme bei der Beerdigung
meines lieben Mannes meinen her-
lichen Dank. 203/96
Witwe Klemann u. Kinder.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise inniger
Teilnahme und reichen Kranzspen-
den bei der Beerdigung meines lieben
unvergesslichen Mannes sage ich der
Direktion der Schulheiß-Druckerei,
allen Verwandten und Vereinskollegen
und Mitarbeiterinnen meinen verbind-
lichsten Dank. 1927/2
Johanna Gleißmann,
Witwe.

Dankfagung.
Für die herzlichste Teilnahme bei der
Beerdigung meines inniggeliebten
Mannes, unseres guten Vaters,
Bruders, Schwagers und Onkels sage
ich allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem, unter anderem dem Gefan-
genverein „Kreuzberger Harmonie“ sowie
dem Metallarbeiter-Verband, den Ge-
nossen des 2. Wahlkreises und den
Kollegen der Firma Schwietzer & Gräff
hiermit unsern tiefgefühlten Dank.
Witwe Schürcke nebst Kindern.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, nicht am
Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Hosen-Woche

Schluß morgen! Schluß morgen!

**Extra billige Angebote
zum Weihnachtsfeste!**

Satz 1 Hosen	dunkelgestreifter Bockskin	2.95 Mk.
Satz 2 Hosen	schwarz Satin-Kammgarn und gestreift, sehr haltbar	5.90 Mk.
Satz 3 Hosen	dunkelgrün gestreifter Cheviot	8.60 Mk.
Satz 4 Hosen	elegante Kammgarn- streifen	9.70 Mk.
Satz 5 Hosen	vornehm gestreifte Rohhose	13.50 Mk.
Satz 6 Hosen	prima Kammgarn in vielen Mustern	17.50 Mk.

Schlanke, sehr lange, sehr weite Hosen

Baer-Sohn
Kleider-Werke

Chausseestraße 29-30 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Preis-Katalog No. 40 u. der Haupt-Katalog No. 41 kostenfrei.

Uhren- u. Möbel-Kredit-Haus
Carl Barthel Inhaber Joachim Hochmuth
Berlin O. 34, Zorndorfer Str. 54.
In neuen, modern eingerichteten Räumen.
Separate Abteilungen für
**Uhren, Goldwaren, Sprechmaschinen und
Platten sowie komplette Wohnungs-Einrichtungen, bunte
Küchen, einzelne Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Teppiche
Gardinen, Tischdecken usw.**
Alles auf bequeme Ratenzahlungen bei billigsten Preisen.
Amt VII 7589.

Die beste Küche für Hochzeiten finden
Sie in den
Sophien-Sälen u. Pracht-Sälen Alt-Berlin
C. 54, Sophienstr. 17/18 Blumenstr. 10
Tel. III. 9783. Inhaber: **Paul Baatz.** Tel. VII. 3095.
20 Säle und Vereins-Zimmer mit modernen Bühnen,
50-1500 Personen fassend, an Sonnabenden und Sonntagen
noch frei. 1484 L.

Sarg-Magazin
22 Jahre best. sicheres Geschäft, Nähe
Kronenpark, u. Standesamt, in Reichs-
straße 37, 3. Kont., wegen Reinlichkeit
zu verkaufen. Nichtschmerzhaft wird an-
genommen. Agenten unter Aufsicht. Objekt
unter **M. 6483** bei Daus & Co.,
Jerusalemstr. 53/54. 197/10

Syphilis-Nachweis
in allen frischen u. veralteten, zweifelhafte
Fälle durch wissenschaftl. Untersuchung,
sicher; bezgl. Genuß (bes. auf Gon-
orrhoe-Fällen) u. Sputum-Analysen.
Dr. Homayr & Co., Spezial-Laborat.,
Friedrichstr. 189, am Kronen- und
Robrenstraße, I. 8734. Berl. Räder-
str. u. Poststr. geöffnet von 8-8
Sonntags von 12-1.

Sofort Bar Geld für sämtliche Gewinn-
Lose der kgl. preussischen Klassenlotterie
zu haben. Ziehung bis 8. Dezember 1910.
Alle erlaubten Lose habe stets vorrätig.
Karl Gehrle, Lotteriegeschäft,
Dresdener Str. 5, am Kottbuser Tor.

Rheumatismus
Wicht. Gliederreihen, Ver-
renschmerz, Hüftweh, Ge-
schwulst usw. sind oft unheilbar,
baber gebrauche man sofort
Reichels
„Electricum“
(Gutes Nichtenadel-Wald-
wollöl) ein reines, unschädliches
Naturprodukt von kräftig durch-
greifender, nachhaltiger,
wehntend schmerzstillender
Wirkung. — Flasche M. 1.—
u. M. 2.— In den meisten
Drogerien; wo nicht, durch
**Otto Reichel, Berlin 43,
Eisenbahnstraße 4.**
Unwirksamer Nach-
ahmungen wegen nehme man
nur das echte „Electricum“
und nichts anderes dafür.

Wegen viele Hautleiden wie
juckende Dermatosen, Schuppen-
Flechte
(Poriasis), Seborrhoe des
Kopfes und Gesicht, Hautjucken,
einfache, eitrige und entzündliche
Nekrose (Weißpustel), Furunkulose,
Juckhunde, Prurigo der Kinder,
Aren, Ekzeme (juckende Hautleiden)
usw. verwendet Dr. med. S.
Friedrichs 1. Qual. mit bestem Er-
folg **Ruders Patent-Weißpustel-
Salbe**, à Bid. 80 Pf. (15%ig) und
1.50 M. (30%ig, härteste Form), im
Verrein mit **Juckend-Creme** 75 Pf.
und 2 M. in Berlin in **Verrein
Drog.** (Kopff. S. Krause), Brand-
allee 120, C. Schütz, Chausseestr. 57,
Quo Schütz, Köpenickerstr. 166a,
Cito Blüher, Pringelstr.
112, in Rixdorf: **Drogenhaus
Rieckert**, sowie in sämtl. Apoth.,
Drog. u. Parfüm. Nichts anderes
aufred. lassen. Es gibt dafür keinen
Verlag!

**Chick u.
elegant**
Kleidet man sich b.
Schneidemeister
M. Katz,
Dresdener Straße 76
gegen Teilzahlung v.
monatlich M. 10.00 od.
wöchentlich M. 2.50
nach Maß in künst-
lerischer Passform.
Engl. Jacketanzug 58 M.
Smoking-Anzug . 72 M.
Gehrock-Anzug . 78 M.
Paletots und Uster von
55 M. an.

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Reste! Moquette.
Pflüsch-Sattelstaschen.
Muster bei näherer Angabe
franko.
Emil Lefèvre, Berlin, 150.
Oranienstr.

5 Proz. Rabatt
bei Vorzeig. dieses Inserats

Für Damen
Aus meinem
Engrös-Lager.
Einzel-Verkauf
nur v. 12-8 Uhr
Dies enorm
billigen Preise
haben bis Sonntag
den 4. Dezember
Geltung!

**Schwarze Jacketts u.
Frauen-Mäntel** aus
prima
Eskimo u. Astrachan
Stoffen, Ladenwert
bis 40 M., jetzt
bei mir
18⁰⁰ 18⁰⁰ und 25⁰⁰ M.
Eleg. blaue Kammgarn-Kostime
Ladenwert bis 50 M.,
etzt bei mir 17⁵⁰ u. 25⁰⁰ M.
Engl. Paletots aus blauen und
engl. Stoffen,
Ladenwert bis 30 M., jetzt
bei mir 8⁵⁰ 12⁰⁰ und 17⁵⁰ M.

Kinder-Paletots aus
prima Eskimo in allen Farben
und Längen enorm **billig.**

Kein Laden.
Sannt geöffnet. Fahrg. ersetzt

H. Heymann
parterre, Grüner Weg 48
(an der Koppenstraße).
Fahrgel. gegenhalt: Elektrische
Bahnen Nr. 1, 3, 6, 14, 22,
31, 46, 76, 78, 79.

Monats-Garderobe!
Die besten Winter-Paletots
und Mäntel für Herren, Smoking-
Anzüge, Frackanzüge, sowie von
Kavalieren getragene, fast neue
Sachen, für jede Figur passend, in
größer Auswahl zu unübertrieben
billigen Preisen.
1 Treppe, deshalb billiger wie im
Laden. 134/11*
Hirsch Kieferbaum, Wasserstr.
straßen 12/13 I
(früher Weinstr. 33).

Schneiderei
für elegante
Herren-Moden
Fertig und nach
Maß. — Garan-
tie für tadellosten
Sitz und beste
Verarbeitung. Auf
Teilzahlung
Wochenrate von
1 Mk. an.
J. Kurzberg
Rosenthalerstr. 40
direkt am Haken-
schen Markt, im
Laden u. I. Etage.

1 Mark
wöchentliche
Teilzahlungen
liefern elegante
fertige
**Herren-
Garderoben**
Ersatz für Maß
Anfert. u. Maß
Tadellos auf
Julius Fabian
Schneidmstr.
Große Frank-
furterstr. 37 II
Eingang Straus-
berger Platz.
II. Geschäft:
Turmstr. 18
nur erste Etage,
kein Laden.

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten, 6612*
jetzt Oranienstr. 139, gegenüber
Romanbantenstraße.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12

Hygienische
Bedarfsartikel, Neues Katalog
Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. f. d.
H. Ungar, Sammlungsvertrieb
Berlin NW, Friedrichstraße 219

Die Moabiter Vorgänge vor Gericht.

Dreizehnter Tag.

Gestern trat das Gericht in die Erörterung der einzelnen Anklagefälle

ein. Vor Beginn der Verhandlung bemerkte Rechtsanwalt Meine: Dem Angeklagten Raschut sei eine Ladung zum heutigen Termin nach seiner Wohnung zugestellt worden, obwohl er sich in Untersuchungshaft befindet, aus der er trotz des Antrages des Verteidigers nicht entlassen worden ist.

Die Beweisaufnahme beginnt mit einem Falle, an welchem die Angeklagten

Liedemann und Merten

beteiligt sind. Der Zeuge Karus, der während des Streiks bei der mit Kupfer u. Co. in Verbindung stehenden Firma Karstadt arbeitete, gibt an, er sei am 20. September mit einem Kohlenwagen von dem Platz in der Poststraße gefahren. 20-30 Streikende seien dem Wagen gefolgt. An der Potsdamer Straße hätten Streikende die Pferde ansprechen und die Schöpfe des Wagens hochziehen wollen, sie seien aber durch Schuppleute daran gehindert worden. Als der Wagen auf dem Winterfeldplatz ankam, sei die Zahl der ihn begleitenden Streikenden durch Straßenpassanten auf etwa 50 angewachsen. Auf dem Winterfeldplatz hätten Steine von Kanalarbeitern geworfen. Aus der Menge sei mit diesen Steinen nach ihm geworfen, er sei auch geschimpft worden. Er sei dann nach Schöneberg gefahren. An der Apotel-Paulus-Kirche habe er durch einen Schuymann die beiden Angeklagten Liedemann und Merten festnehmen lassen. — Ob gerade die beiden Angeklagten sich am Werfen und Schimpfen beteiligten, kann der Zeuge nicht sagen. Auf Veranlassung des Ersten Staatsanwalts wird ihm vorgehalten, er habe vor dem Untersuchungsrichter ausgesagt, die beiden Angeklagten hätten geschimpft und geworfen. — Der Zeuge wird hierauf schwankend. Er meint, vor dem Untersuchungsrichter habe er die Wahrheit gesagt. Aus der weiteren Vernehmung des Zeugen ergibt sich, daß er sich heute nicht mehr mit Sicherheit entsinnen könne, ob sich die beiden Angeklagten an den Ausschreitungen der Menge beteiligt haben. Der Erste Staatsanwalt bemerkt sich, durch diese Fragen eine die Angeklagten belastende Andeutung aus dem Zeugen herauszubringen. Der Zeuge kann aber nichts weiter sagen, als daß aus der Menge geworfen und geschimpft worden sei.

Suggestivfragen.

Nachdem der Zeuge diese Angabe gemacht hatte, fragt ihn der Erste Staatsanwalt: Nun sagen Sie doch mal, welche Schwimmschwämme die Angeklagten gebraucht haben? — Rechtsanwalt Meinemann protestiert gegen diese Art der Fragestellung. Er verweist darauf, daß der Zeuge ja gar nicht gesagt hat, die Angeklagten hätten geschimpft. Der Verteidiger erlaubt den Vorliegenden, solche Suggestivfragen an die Zeugen nicht zuzulassen.

Der nächste Zeuge, der zu diesem Fall vernommen werden soll, ist der Vater des Angeklagten Pfister, der aber an dem Falle Liedemann-Merten nicht beteiligt ist. — Die Verteidiger werfen die Frage auf, ob dieser Zeuge seine Aussage verweigern darf, weil es sich doch um eine gemeinsame Anklage handelt, wenn auch der Sohn des Zeugen an dem vorliegenden Einzelfalle nicht beteiligt ist. — Das Gericht beschließt, daß der Zeuge kein Recht der Zeugnisverweigerung hat, weil sein Sohn an dem vorliegenden Falle nicht beteiligt ist. — Der Zeuge Pfister gehörte zu den Streikenden. Der Erste Staatsanwalt fragt ihn, ob er vor dem Untersuchungsrichter gesagt habe, er habe sich nur aus Furcht vor Prügel am Streik beteiligt. — „Nein“ — sagt der Zeuge — „das habe ich nicht gesagt, es ist auch nicht wahr. Ich habe gestreikt, weil ich mehr Lohn haben wollte.“ Dieser Zeuge sowie einige andere wissen auch nichts von einer Beteiligung der Angeklagten.

Zweiten Anklagefall

ist Liedemann ebenfalls beteiligt, außer ihm der Angeklagte Raschut.

Als Zeuge in dieser Sache wird ein junger Mann aus der Unterabteilung vorgelassen. Anscheinend gehört er zu denen, die demnächst vor dem Schwurgericht abgeurteilt werden sollen. Dieser Zeuge ist festgenommen worden, als aus einer Menschenmenge in der Siedingstraße auf einen Kohlentransport geworfen wurde. Der Zeuge sagt, es sei um die Mittagszeit gewesen, als die Arbeiterinnen der A. G. G. auf der Straße standen. Da seien die Kohlenwagen gekommen, die Menge habe gelärmt und mit Steinen geworfen. Die Mädchen hätten am meisten gelärmt. Liedemann sei erst dazu gekommen, als er, der Zeuge, festgenommen wurde. Da habe Liedemann gefragt, was der Zeuge gemacht, und auf die Antwort: Ich soll mit einem Stein geworfen haben, habe Liedemann scherzend erwidert: Dann laßst Du mich als Zeugen angeben, ich habe nichts gesehen. Diese scherzhafte Bemerkung ist die Unterlage der Anklage gegen Liedemann, die ihn der Teilnahme an einer Zusammenrottung beschuldigt. Da einige Zeugen in diesem Falle nicht anwesend waren, wurde in bezug auf den Angeklagten Raschut nichts belundet.

Der

dritte Fall

betrifft den Angeklagten Pfister. Er gibt zu, daß er beim Vorbeifahren eines Kohlenwagens „Blut Hunde“ gerufen hat. Das Wort sollte aber nicht den Schuppleuten, sondern den Streikbrechern gelten. — In diesem Falle wird der Kriminalschuymann Dähler vernommen. Er hat den Angeklagten Pfister festgenommen. Rechtsanwalt Rosenfeld macht darauf aufmerksam, daß Dähler, als er vor einigen Tagen beim allgemeinen Teil vernommen wurde, gesagt hat, er sei während der Moabiter Vorgänge immer im Revierbureau beschäftigt gewesen und nur ein- oder zweimal in Begleitung eines Wachtmeisters auf die Straße gegangen. Jetzt stellt sich nun heraus, daß Dähler fast täglich dienstlich auf der Straße tätig war. — Der Zeuge Dähler sucht den Widerspruch zwischen seiner früheren und seiner heutigen Aussage dadurch aufzuklären, daß er sagt, seine früheren Angaben hätten sich nicht auf seine Tätigkeit am Tage, sondern am Abend bezogen.

Der

vierte Anklagefall

betrifft den Angeklagten Litwidski. Er ist von dem Untersuchungsrichter zunächst als Zeuge vernommen worden gegen einen der Angeklagten, die vor das Schwurgericht kommen. Aus seiner Zeugenaussage ist dann eine Anklage wegen Teilnahme an einer Zusammenrottung gegen Litwidski hergeleitet worden. Litwidski behauptet, der Untersuchungsrichter habe ihn nicht darauf aufmerksam gemacht, daß er sein Zeugnis verweigern könne, wenn er sich durch seine Aussage selbst bezichtigen würde. Diese Behauptung gewinnt an Wahrscheinlichkeit dadurch, daß sich die Bemerkung, er sei auf sein Recht der Zeugnisverweigerung aufmerksam gemacht, sich erst am Schluß des Protokolls der Voruntersuchung befindet. — Ueber diesen Punkt wird der Untersuchungsrichter Landrichter Bombe als Zeuge vernommen. Er gibt an, er habe jeden, den er vernommen hat, aufmerksam gemacht, daß er die Aussage verweigern könne, wenn er sich selbst an der Straftat beteiligt habe. Auf eine Frage

des Rechtsanwalts Rosenfeld muß Landrichter Bombe aber zugeben, daß er keinen der Vernommenen darüber belehrt hat, daß schon die bloße Anwesenheit in einer Menschenmenge, aus der geworfen wird, strafbar ist. — Litwidski sagt, er habe sich gar nicht in der Menge befunden, er sei erst dazu gekommen, als ein Steinwerfer (der jetzt vor dem Schwurgericht angeklagte Arbeiter Prommel) festgenommen wurde. Auch die beiden Schuppleute, welche an der Festnahme Prommels beteiligt waren, haben nicht gesehen, daß Litwidski dabei war. Der Vorfall selbst spielte sich in der Kottbuser Straße ab, als ein von vier bis sechs reitenden Schuppleuten begleiteter Kohlenwagen kam. Schuymann Siebrecht, einer von den Begleitern, sagt, die Schuppleute und die Kutscher seien von der Menge mit Steinen geworfen worden. Einige Leute seien an die Kutscher herangegangen, diese hätten dann den Wagen verlassen. Nun hätten die Schuppleute einen Ersatzkutscher vom Kohlenplatz geholt und da sei das Werfen von neuem losgegangen. Prommel, der nach Angabe des Schuymanns Siebrecht geworfen haben soll, ist von einem anderen Schuymann festgenommen worden. Nach Angabe des Schuymanns Siebrecht hat die Menge einen Hagel von Steinen nach dem Kohlenwagen und den begleitenden Beamten entandt. Als aber ein Mann, „anscheinend ein Ordner“ sagte: „Muhig Leute, nicht mehr werfen“, habe das Steinwerfen aufgehört.

Einige inzwischen erschienenen Zeugen werden zu den bereits verhandelten Anklagefällen vernommen. Zum ersten Falle, Liedemann-Merten, sagt Schuymann Schubert, er habe den Bogen, hinter dem etwa zehn Mann herkamen, in der Nähe der Apotel-Paulus-Kirche ankommen sehen, die Leute, die dem Wagen folgten, seien fortgelassen, als sie des Schuymanns ansichtig wurden. Der Kutscher des Wagens habe ihm, dem Schuymann Schubert gesagt, er sei von den Leuten geworfen worden. Einige Jungen sagten, einer von den Beteiligten sei in ein Haus gegangen, welches sie bezeichneten. In diesem Hause fand der Schuymann dann den Angeklagten Liedemann und nahm ihn fest.

Wiederere Schuppleute, die noch zum dritten und vierten Anklagefall vernommen werden, können nichts Wesentliches belunden.

Zum

fünften Anklagefall,

an dem der Angeklagte Georg Meyer, ein 16jähriger Laufburische, beteiligt ist, sagt der Zeuge, Schuymann Guffert: Am 24. September seien an einem Kohlenwagen die Stränge der Pferde durchgeschnitten worden. Er, der Zeuge, habe die Pferde nach dem Platz begleitet. Ein aus der jubelnden Menge kommender Steinwurf habe ihn in den Rücken getroffen. Als er sich umschau, sei ein junger Mann in der Menge verschwunden. Der Zeuge habe daraus geschlossen, daß der junge Mann kein reines Gewissen hatte. Dann habe er gesehen, daß derselbe junge Mann noch zweimal geworfen habe. Er habe ihn in der Menge ergriffen, der junge Mann, der mit dem Angeklagten Meyer identisch sei, sei hingefallen, der Schuymann habe zwei Fische von hinten bekommen, er habe dann blank gezogen und den Angeklagten festgehalten.

Der Angeklagte Meyer bemerkt hierzu: „Der Schuymann sagt ja selber, er hat mich gesehen, bei id bei erste Mal gefaschnen habe. An der id nachher zweimal gefaschnen habe, bei id einloch Schwindel.“

Der Vorsitzende rügt es sehr energisch, daß der Angeklagte die Angabe eines Zeugen als Schwindel bezeichnet und macht ihn darauf aufmerksam, daß er wegen solcher Ausdrücke bestraft werden könne. Die Sitzung war damit beendet. Die Verhandlung wird heute 1/2 Uhr fortgesetzt.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 26. November 1910.

Schuh der nationalen Arbeit. — Ausfuhr deutscher Agrarerzeugnisse. — Schädigung der deutschen Konsumenten. — Rohmaterialien-Ausfuhr. — Ein Ruherbeispiel des Schugollens.

Die Phrase vom „Schuh der nationalen Arbeit“ wird von den entragierten Schugoll- und Liebesgabenpolitikern stark kultiviert. Das Allgemeinwohl schüßt man vor; es dient als Deckmantel der krafftesten Portemonnaieinteressen. Man überträgt die bekannte Epidemienart auf das wirtschaftliche Gebiet. Die große Masse soll nicht merken, daß die „Schuh“-Politik die nationale Arbeit in Wirklichkeit schädigt. Während die Politik der „Schühler“ angeblich die Konsumkraft und die Arbeitsgelegenheit im Inlande steigert, bewirkt sie tatsächlich das Gegenteil. Eine interessante Tatsache für diese Behauptung bietet die Außenhandelsstatistik. Nach der Behauptung ihrer Vater und Verteidiger soll die agrarische Wirtschaftspolitik der inländischen Landwirtschaft nur die Auslandskonkurrenz vom Halbe halten. Nun führt sie aber dazu, inländische Agrarprodukte mit Hilfe von Ausfuhrprämien, die der deutsche Konsument aufbringen muß, in das Ausland zu bringen, das heißt, den ausländischen Verbrauchern auf Kosten der inländischen billige Lebensmittel zu verschaffen. Nach den amtlichen Ausweisen ist die Ausfuhr von Erzeugnissen des Acker-, Gärten- und Viehwirtschafts aus Deutschland, die in den ersten zehn Monaten 1909 12 338 523 Doppelzentner betrug, auf 17 877 413 Doppelzentner in der gleichen Zeit des laufenden Jahres gestiegen. In der angegebenen Zeit ist die Einfuhr solcher Erzeugnisse zurückgegangen von rund 89 Millionen Doppelzentner auf 88 Millionen Doppelzentner. Die Ausfuhrsteigerung entfällt in der Hauptsache auf Getreide. Es wurden ausgeführt:

	1909	1910	Ausfuhrsteigerung + Ausfuhrabnahme -
Doppelzentner			
Roggen . . .	1 261 262	2 807 891	+ 1 546 629
Weizen . . .	1 005 068	1 849 838	+ 754 770
Gerste . . .	59 706	96 889	+ 37 174
Hofer . . .	954 184	978 426	+ 24 242
Rais . . .	140 896	129 540	- 11 356
Roggenmehl . .	816 821	658 750	- 158 071
Weizenmehl . .	440 201	486 083	+ 45 882

Solche starke Ausfuhr ermöglicht unser Getreideeinfuhrsystem, das wie eine direkte Ausfuhrprämie wirkt. Und im laufenden Jahre sind der Reichskasse dadurch schon bald 100 Millionen Mark an Zöllen entzogen worden. Der Wert der gesamten Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist von 222 Millionen Mark im Vorjahre auf 370 Millionen Mark im laufenden Jahre gestiegen. Diese Versteigerung kostete dem deutschen Volk aber auch eine Steigerung der an die Exporteure zu zahlenden Prämie von 60 Millionen Mark auf 91 Millionen Mark. Wäre den inländischen Konsumenten diese Summe verblieben, dann hätte sie einen erheblichen Teil der an das Ausland abgegebenen Lebensmittel selbst bezehren können. Daß das nicht geschehen konnte, ist ein Schaden, der nicht leicht zu hoch veranschlagt wird, denn der Verbrauch an Brotgetreide ist in Deutschland zurückgegangen. Während z. B. laut amtlichen Berechnungen nach dem Ertrage der Ernte sowie unter Berücksichtigung der Ein- und Ausfuhr und der Ausfuhrsteigerung im Jahre 1902/03 auf den Kopf der Bevölkerung 268,4 Kilogramm Brotgetreide entfielen, war die Verbrauchsmenge pro Kopf im Jahre 1908/09 auf 224,9 Kilogramm gesunken, obwohl die Ernten viel größere Erträge geliefert hatten. An Roggen und Weizen wurden nämlich im Jahre 1907/08 rund 434 Millionen Tonnen mehr geerntet als im Jahre 1901/02. Die Steigerung der Getreideernten im Inlande muß dem deutschen Volke nicht, sie muß dem Auslande. Diesem wurden erhebliche Mengen zugeführt, damit im Inlande die Preise auf der Höhe blieben und die inländischen Konsumenten müssen diese Verteuerung noch obendrein mitbezahlen. Wie die obigen Zahlen ergeben, macht die Ausfuhrsteigerung der Menge nach 45 Proz. aus; dem Werte nach ergibt sich eine Zunahme von nur 26 Proz. Für die Exporteure kommt

allerdings noch die Winderausgabe von 22 Millionen Mark ersparter Zölle als Einnahme hinzu. So muß der Inlandskonsument bluten, damit das Ausland billige deutsche Agrarprodukte bekommt. Das nennen die Junker: Schuh der nationalen Arbeit!

Ähnliche Verhältnisse gibt es in der Industrie. Der Zoll auf Rohstoffe und Halbzuge hält die ausländische Konkurrenz zurück und verschafft der Hüttenindustrie die Möglichkeit, den inländischen Verbrauchern hohe Preise aufzuzwingen. Die Menge, für welche das Inland keinen Absatz bietet, wird nach dem Auslande verschifft. Das hat wieder die Folge, daß die deutsche Fertigungsindustrie vielfach auf dem Weltmarkt mit ihren Erzeugnissen nicht konkurrieren kann, weil der ausländische Fabrikant die Rohmaterialien usw. zu viel niedrigerem Preise erhält als er. Daß dadurch die deutsche Weiterverarbeitung und die Arbeiterschaft schwer geschädigt wird liegt auf der Hand. Aus den Kreisen der Halbzugeverbraucher sind auch schon sehr oft Beschwerden erhoben worden. Alle ihre Vorstellungen waren jedoch erfolglos. Auch die Anrufung der Regierung hat sich als vergeblich erwiesen. Schon bei Gelegenheiten der kontraktlichen Verhandlungen über die Kartelle spielten diese Verhältnisse eine große Rolle. Es war jedoch nicht möglich, Arbeit zu schaffen; aber die Auslandspreise geben die Interessenten keine Auskünfte. Auch jetzt tappt man in dieser Hinsicht immer noch im Dunkeln. Im Anfang dieses Jahres wurden die Klagen der deutschen Halbzugeverbraucher über die Konkurrenz, die ihnen mit billigem deutschen Material von ausländischen Fabrikanten gemacht werde, wieder besonders lebhaft. Es erfolgte daraufhin auch eine Aussprache zwischen Regierungsvertretern und den Interessenten. Praktische Resultate, außer einigen Berichtigungen an die betreffenden Halbzugeverbraucher, hatte die Besprechung nicht; die Großindustriellen pochen auf ihre Macht und den Schugoll. Welche Bedeutung die Frage für die in Betracht kommenden Industrien hat, kann man ermessen aus der Tatsache, daß ein Drittel des vom Stahlwerksverbande in den ersten zehn Monaten 1910 abgesetzten Halzuges in das Ausland gegangen ist. Der Gesamtverband stellt sich nämlich auf 967 627 Tonnen; davon entfallen auf das Ausland circa 280 000 Tonnen. Ohne die Preisdifferenz zugunsten des Auslandes hätte wenigstens ein Teil des exportierten Halzuges im Inlande weiter verarbeitet werden können, wobei eine Menge Arbeiter Beschäftigung gefunden hätten. Der Schugoll auf Rohmaterial hat, wie sich zeigt, für den Inlandmarkt seine günstige Wirkung, er schädigt die „nationale“ Arbeit.

Zu wech unbilligen Zuständen die Preispolitik der Rohmateriallieferanten führt, dafür lieferte die „Export-Revue“ kürzlich ein neues Beispiel. Wie das Blatt mitteilt, sind in der letzten Zeit in Rotterdam mehrfach große Sendungen schwerer Schiffschiffen angekommen. Das wäre an sich nichts Auffälliges oder Aufregendes, das Empörende dabei liegt darin, daß die Ketten aus deutschem Eisen bestanden und unter Verwendung deutscher Rohstoffe in Frankreich hergestellt worden waren. Das deutsche Eisen, den französischen Ketten schmiedeten ins Herz von Frankreich hineingefügt, kostete ihnen viel weniger, als den Ketten schmiedern am Rhein das nämliche Eisen von den inländischen Werken geliefert wird! Die verwandten deutschen Kohlen waren von einer Hamburger Firma geliefert. Man erzählt sich dabei etwas von einem Preise von weniger als 70 M. die zehn Tonnen, als Ruhrzechel. So werden im Auslande mit deutschem Material Erzeugnisse hergestellt, die wieder nach Deutschland wandern. Dergleichen Beispiele könnte man massenhaft anführen. Jedenfalls illustrieren sie den „Schuh der nationalen Arbeit“ in recht sinnfälliger Weise. D.

Gerichts-Zeitung.

Schuh vor Schuppleuten.

Bieder einmal wurde einem Gericht die Frage vorgelegt, ob ein Schuymann ohne weiteres eine Sistierung vornehmen darf, auch wenn ihm Vorweisung einer Legitimation angeboten wird. Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte (120. Abteilung) wurde am Montag gegen einen Schneider Meyer verhandelt, der angeklagt war, einen Schuymannsbefehl zum Weitergehen nicht befolgt zu haben, durch ruhestörenden Lärm großen Unfug verübt und auf dem Weg zur Wache Widerstand geleistet zu haben. Meyer hatte am 16. Oktober, abends gegen 11 Uhr, vor Admiralsstraße 38 von einem Schuymann verlangt, daß er einen Mann festfesse, der in einem Kinematographentheater mit dem Inhaber in Streit geraten war. An der Sache war Meyer insofern interessiert, als er selber mit seiner Gattin in dem Lokal während des Streites zugegen war und infolge des unter den Frauen ausbrechenden Angstschreies sich über das Benehmen des Ruhestörers sehr erregte. Zur Feststellung des Mannes kam es aber nicht, vielmehr wurde schließlich Meyer zur Wache geführt, und hinterher gab es dann die Anklage.

Vor Gericht führte der Angeklagte aus, er habe vergeblich immer wieder die Feststellung verlangt, der Schuymann aber habe ihm selber Sistierung angeboten und zuletzt, trotz seines Angebots einer Legitimation, ihn tatsächlich unter Affizienz eines überflüssigerweise herbeigerufenen Unteroffiziers zur Wache gebracht. Unterwegs sei sein Protest gegen die ihm widerfahrne Behandlung damit beantwortet worden, daß man ihm die Handfessel anlegte. Auf der Treppe zur Polizeiwache habe der Schuymann ihn gehohen, und ähnlich sei ihm im Wochstokal von anderen Beamten mißgespielt worden. B. überreichte ein Arzttattest, das freilich nicht verlesen wurde. Dieses bescheinigte nicht nur Wirkungen der Handfessel, sondern auch einen „roten Strich an der linken Halsseite“, den der Arzt „für eine Würgspur hielt“. In der Beweisaufnahme wurden durch den Lokalinhaber und seinen Portier die Angaben Meyers über die Vorgänge im Lokal und vor der Tür bestätigt. Schuymann Krause, der Meyer sistiert hatte, wurde vom Vorsitzenden vor seiner Vernehmung darauf hingewiesen, daß er sich vielleicht nicht korrekt benommen“ habe. Er erklärte: „Ich habe mich durchaus korrekt benommen.“ Sodann belundete er, jenen Fremden habe er nicht feststellen können, weil man nicht sofort gesagt habe, wer eigentlich festgesetzt werden sollte. Der Mann habe sich inzwischen entfernt, nachher aber habe Meyer ihn, den Schuymann, gestört bei seinen Bemühungen, den entstandenen Aufruhr zu zerstreuen. Er sei nicht weitergegangen und habe ständert. Daß Meyer auf die Drohung, ihn selber zu sistieren, sich mit seinem Militärschuh habe legitimieren wollen, gab Zeuge zu. Er habe ihn aber sistieren müssen, weil er sonst den Aufruhr nicht hätte zerstreuen können. Unterwegs habe B. sich mit den Füßen gegen den Boden gestemmt und sich loszureißen versucht, also „Widerstand“ geleistet. Das belundete auch ein Unteroffizier Lindner, der bei dem Transport geholfen hatte. Auf eine Frage des Vorsitzenden, ob denn ein Schuymann berechtigt sei, zu sistieren, auch wenn Legitimation angeboten werde, antwortete Schuymann Krause: „Jawohl!“

Der Amtsanwalt war anderer Meinung. Er sah zwar Nichtbefolgung, ruhestörenden Lärm und Widerstand als erwiesen an, hob aber hervor, daß der Schuymann bei Legitimationsangebot „eigentlich nicht sistieren durfte“. In diesem Punkt habe er nicht streng die Vorschriften beachtet, wie sie durch die Strafprozessordnung gegeben seien, andererseits aber sei ihm, dem Schuymann, zuzugute zu halten, daß jener Augenblick wohl nicht recht geeignet war, auf der Straße eine Legitimation entgegenzunehmen. B. habe daher sistiert werden müssen und nicht Widerstand leisten dürfen, doch sei als mildernd für ihn zu berücksichtigen, daß der Schuymann „doch etwas über seine Befugnisse hinausgegangen“

Bar. Zu bestrafen sei die Nichtbefolgung mit 10 Mark, der Lärm mit 5 Mark, der Widerstand mit 20 Mark. Der Angeklagte forderte Freisprechung, weil er in keiner Weise sich strafbar gemacht habe oder mindestens der Strafbarkeit sich nicht bewusst gewesen sei.

Lärm 5 Mark, für den Widerstand 10 Mark. Beher habe in diesem Fall trotz Legitimation sistiert werden müssen, weil so dem Auslauf ein Ende gemacht werden sollte. Vielleicht sei er unterwegs hart angefaßt worden, aber in solcher Situation könne das vorkommen. Dem Angeklagten wurde seine Erregung als mildernder Umstand

zugewilligt. Die Urteilsbegründung sagte nicht, worauf sich die Annahme stütze, daß B. „hart angefaßt“ worden sei. Schade, daß den Richtern selbst nicht ein gleiches Mißgeschick wie dem Angeklagten passiert ist. Dann hätten sie wohl empfunden, daß ihre Auffassung dem Rechtsgefühl widerspricht.

Die Städte fangen erst dann

fortan nur die bewährten Bruno-Glähstrümpfe verwendet werden! Die stoß- und schlagfesten Bruno-Glähstrümpfe halten viele Tausend Brennstunden aus, dieselben sind äußerst zähe und von schmiegamer Elastizität, geben hellbrennendes Licht und beschädigen äußerst selten die teuren Glaszylinder! Infolge solcher vorzüglicher Eigenschaften sind die Bruno-Glähstrümpfe ungemein billig und in allen einschlägigen Verkaufsgeschäften erhältlich!

an zu sparen, wenn die Bürgerschaft einmütig verlangt, daß für die Beleuchtung der Straßen, Schulen, Dienstgebäude usw. an Stelle der leichtzerbrechlichen und deshalb so kostspieligen Glähkörper

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 29. November:

Königl. Opernhaus. Tristan und Isolde. (Anfang 7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Ballenstedt's Lager. Die Vecolomini.
Neues königl. Opernhaus. Geschlossen.
Deutsches. Hamlet.

Anfang 8 Uhr.
Kammerstücke. Der gute König Dagobert.
Neues Schauspielhaus. Genoveva. Komische Oper. Die Bohème.
Walden. Das Puppenmädchen.
Welfen. Wenn der junge Wein blüht.

Kleines. Die verfluchten Frauenzimmer. 1. Klasse.
Berliner. Der scharfe Junker.
Neues. Der G. m. h. Tenor.
Trianon. Der heilige Dalm.
Walden. Der Unterprokust.
Thalia. Götische Wärschaft.
Schiller. O. Walden - Theater)

Sodoms Ende.
Sch. a. Charlottenburg. Das Urbild des Tartuff.
Friedrich. Wilhelmstädtsches.
Neues Opernhaus. Der Graf von Luxemburg.
Schauspielhaus. Der Feldherrnhügel.

Walden. Kean.
Walden. Der Doppelmeß.
Walden. Eine verlorene Nacht.
Walden. Der Doppelmeß.
Walden. Der Haffenschmied. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Walden. Die Räuber.
Walden. Die Caprice. Der Feldherrnhügel (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Walden. Metropolis. Quarta - Wie leben noch!

Walden. Die Blöden.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.

Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.

Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.

Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.

Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.

Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.

Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.

Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.

Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.

Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.
Walden. Spezialitäten.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Der Vierwaldstätter See
und der Gotthard.
Hörssaal 8 Uhr:
Vortrag vom Stiftungsfonds der Berliner Gewerbeausstellung 1879.

Kaiser-Panorama.
3. J. Male: Tirol, Karwendel und Wettersteingebirge. Land und Leute von Japan. Eine Reise 20 J. Kind nur 10 Pf. A. Abonnem. 8 Rollen 1 R.

Luisen-Theater.
8 Uhr. **Kean.** 8 Uhr.
Schauspiel in 5 Akten von A. Dumas.
Mittwoch: Holmanns Töchter.
Donnerstag: Holmanns Töchter.
Freitag: Holmanns Töchter. Registrator auf Reisen.
Sonnabend 4 Uhr: Große Kinder-
vorstellung: Händel und Gretel. -
8 Uhr: Wetzela.
Sonntag 3 Uhr: Kean. - 8 Uhr:
Registrator auf Reisen.

ROSE-THEATER.
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die Räuber.
Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller.
Mittwoch und folgende Tage: Die Millionenerin.

Metropol-Theater.
Hurra!
Wir leben noch!
Große Ausstattungsdrama in 7 Bildern v. A. Freund. Musik v. B. Holländer. In Szene gesetzt von Dir. H. Schulz. Anfang 8 Uhr - Rauchen gestattet.

Apollon Theater.
Nur noch bis inkl. 30. Novbr. der berühmteste Kunstschau der Welt Colonel Gaston Bordeaux. Walter Steiner m. neuen Schlegeln. 7/10 Uhr:

Mizzi Wirth
in ihrer Oper. Reinheit: Frauenrätsel u. a. m.

WINTERGARTEN.
Vorletzter Tag!
Das erfolgreiche November-Programm!
15 Attraktionen 15. U. a.:

Brémonval.
Etoile Parisienne
Lafory Herlain
v. d. Großen Oper amerik. Oper-Paris. reitensängerin
„General“ Edward La Vine, der tapfere Haudagen.

Herrnfeld Theater.
Der größte Schläger
der Theater-Saison 1910.
Eine verlorene Nacht
Ein lustiger Trauerspiel in zwei Akten von Anson und Doyal Herrnsfeld. Vorher: Der Derby-Zieger. Vorverkauf 11-2 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Nitzetto
der Mensch ohne Skelett.
Buddhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem eisernen Schindl!
Alles ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf., Kind. u. Soldaten 15 Pf.

Burgtheater.
Festspiele und Kinematograph
vom Grotesken. Anab. Rud. Herz. Schönhauser Allee 149. Tel. 9. 9333.
Lebende Photographien.
Eintr. 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte. Anf. 7 U. Sonnt. 4 U. Vorzugskarten, nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen Plätzen. Preis nachf. Programm.

Voigt-Theater.
Gefährliche Abenteuer, Badstraße 58.
Schauspiel in Puhmanns Theater, Schönhauser Allee 148.
Dienstag, den 29. November 1910:
Die Vuthschheit.
Dramatisches Gemälde in 2 Akten und 5 Akten von Friedrich Abant. Aufführung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

B. A. M. Bosphorus
an Moritzplatz
Täglich: Varieté. Konzert.

Zipkus A. Schumann.
Dienstag, den 29. November, abends 7 1/2 Uhr.
Die mit großem Beifall aufgenommene Kadett-Pantomime
Der große Coup
9 1/2 Uhr der 9 1/2 Uhr
Schmuggler.
Vorher das phänomenale Programm, u. a.:

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Badner-Theat).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Sodoms Ende.
Drama in 5 Akten v. G. Eubermann. Ende 11 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Fee Caprice.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Dummkopf.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Das Urbild des Tartuff.
Lustspiel in 5 Aufzügen v. R. Duflos. Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Der Bund der Jugend.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Prinz Friedrich von Homburg.

LIHTSPIELE.
Mozart-Saal.
NOLLENDORFPLATZ.
SIBIRIENS GESÄNGE.

CLOU
Mauerstr. 82 - Zimmerstr. 90/91
Berliner Konzerthaus
Konzerthaus-Orchester
50 Künstler - Dir. Martin Schmalow - 50 Künstler
Anfang 8 Uhr. Blockhoff: 10 Karten 3 M. Eintritt 50 Pf.

Rollschuhbahn
Kurfürstendamm 151
Heute 4. Tag der Großen Sport-Woche.
Heute Abend: Hindernislaufen für Damen.

Sport-Palast Potsdamer Str. 70-72a
Grösster Eispalast der Welt
Beleuchtet durch 500 000 Normalkerzen
Feerie „Am Nordpol“ x 200 Eislauf-Künstler
3 Militär- und Zivillkapellen
Restaurant für 6000 Personen
Entree: Bis 7 Uhr 75 Pfg., nach 7 Uhr 1 Mark.
Unterricht im Eislauf
Ververkauf in den Warenhäusern von Hermann Tietsch und ständig an der Kasse.

Excelsior Lichtspielhaus
Rixdorf Bergstraße 151-152
Richardstraße 12-13 Passage
das glänzende Eröffnungs-Programm.

Eisbahn
20 000 Qm groß, im kgl. alten Botanischen Garten, an der Potsdamer und Grünwaldstraße, Eingang nur Ecke Grünwaldstraße.
Täglich: Militär-Konzert.
Vorverkauf von Saison-Blockbills, 30 Eintrittskarten enthaltend:
Für Erwachsene M. 7,50
Kinder bis 14 Jahren 5,- bis 1. Dez.
Dauerkarten: M. 9,- Tel. 6a 19873.
Für Erwachsene M. 6,50
Kinder bis 14 Jahren 4,50
Vereine erhalten bei größerer Abnahme Ermäßigung.
Sportplatz Botanischer Garten. Gustav Meyer.

Burgtheater.
Festspiele und Kinematograph
vom Grotesken. Anab. Rud. Herz. Schönhauser Allee 149. Tel. 9. 9333.
Lebende Photographien.
Eintr. 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte. Anf. 7 U. Sonnt. 4 U. Vorzugskarten, nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen Plätzen. Preis nachf. Programm.

Voigt-Theater.
Gefährliche Abenteuer, Badstraße 58.
Schauspiel in Puhmanns Theater, Schönhauser Allee 148.
Dienstag, den 29. November 1910:
Die Vuthschheit.
Dramatisches Gemälde in 2 Akten und 5 Akten von Friedrich Abant. Aufführung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

B. A. M. Bosphorus
an Moritzplatz
Täglich: Varieté. Konzert.

Zipkus A. Schumann.
Dienstag, den 29. November, abends 7 1/2 Uhr.
Die mit großem Beifall aufgenommene Kadett-Pantomime
Der große Coup
9 1/2 Uhr der 9 1/2 Uhr
Schmuggler.
Vorher das phänomenale Programm, u. a.:

Mirza Golem
persische Truppe, 12 Personen.
Neut Mr. Pearson. Neut Kreisler-Globus
neueste Kreation des Direktors Ad. Schumann.
Abenden in Pferdegerillen von Hl. Dora Schumann und Herrn G. Des

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 1. Dezember:
Der Goldbauer.
Original-Schauspiel in vier Aufzügen von Rich. Glatzer. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr. Nach der Vorstellung: Tanz.

Folies Caprice.
Komiker Schnitzel Solo-Teil:
Der Dorfmusikant.
Morgen und folgende Tage:
Der Feldweibelhügel
Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19/20 (Königl. Tor.)
Anfang 8 1/2 Uhr.
Bravo! - Da capo!
Eine Merkwürdigkeit in 5 Bildern von W. Reichardt, Musik v. H. Ziehe. In Szene gesetzt v. Dir. James Klein. Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr.
Preziosa
in glänzender Ausstattung. - Ermäßigte Preise. -

Zirkus Busch.

Dienstag, 28. Nov., ab. 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung!
Ohne jede Konkurrenz:
3 Mann auf galoppierendem Pferde übereinanderstehend!
Ausgeführt von der berühmten Reiterfamilie **Fredanis**. Um 9 1/2 Uhr zum 81. Male: **„VENEZIA“**
Vorher das gr. Gala-Programm. Der gr. Marstall ist geöffnet.

Theater Sanssouci
Hochbahnstation Kottbuser Tor. 8 1/2 Uhr:
Weltstadt-Varieté-Programm.
9 1/2 Uhr:
Ah die Kerls!!
Berliner Volk, Musik v. Gindshofer.

Passage-Theater.
Garland
Negeroperette
16 Solokräfte
Jean Moreau
Mm. Nadège
Glima-Kämpfe
der Isländer-Truppe
und das große Programm.

Königstadt-Kasino.
Dolgenstraße 72. Ecke Überanderstraße. Nur bis Mittwoch, den 30. November: **Große Extra-Beschickungen.**
7 1/2 Uhr: Ein alter Hütchenker. 7 1/2 Uhr:
Auf die Prämisse kommt es an. Spezialität: Berlin. Kinematograph. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
„Im Hauseloch“.
Kult. Humor. v. Regiel.
Anfang wochentags 8 Uhr
Sonntags 7 Uhr.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der heilige Hain.

Casino-Theater
Lobener Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Das Original Berliner Volkstheater
Julie Wippchen.
Berliner Humor!
Berliner Leben
Im Stille der eben Berliner-Bühne
Vorher erstklassiger bunter Teil.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Weihnachten.

Kino-Theater Brusch
an Moritzplatz
Täglich: Varieté. Konzert.

Karl Haverland-Theater.
Kommandanten-
platz 7 1/2 U. Theater.
Candianische Sketsch
Staatensche Nacht
Karl Groth m. neuen Schlegeln
louis 14. erstklass. Spezialitäten.

Theater „Groß-Berlin“.
Dienstag, den 29. Nov. Guderstr. 8.
Weihenker. Adnananstr. 5:
Nachm. 4 Uhr: **Rotkäppchen.**
Kindervorstell. mit Gratis-Vorstellung.
Abends **Die Kartente gerin.**
Schauspiel in 4 Akten nach Vorspiel Der Rindesraub.

B. A. M. Bosphorus
an Moritzplatz
Täglich: Varieté. Konzert.

Karl Haverland-Theater.
Kommandanten-
platz 7 1/2 U. Theater.
Candianische Sketsch
Staatensche Nacht
Karl Groth m. neuen Schlegeln
louis 14. erstklass. Spezialitäten.

Theater „Groß-Berlin“.
Dienstag, den 29. Nov. Guderstr. 8.
Weihenker. Adnananstr. 5:
Nachm. 4 Uhr: **Rotkäppchen.**
Kindervorstell. mit Gratis-Vorstellung.
Abends **Die Kartente gerin.**
Schauspiel in 4 Akten nach Vorspiel Der Rindesraub.

B. A. M. Bosphorus
an Moritzplatz
Täglich: Varieté. Konzert.

Karl Haverland-Theater.
Kommandanten-
platz 7 1/2 U. Theater.
Candianische Sketsch
Staatensche Nacht
Karl Groth m. neuen Schlegeln
louis 14. erstklass. Spezialitäten.

Heute Dienstag, 29. November 1910, abends 8 1/2 Uhr

Öffentliche politische Volks-Versammlungen

1. Kreis: Zentrum-Festhale, Niederwallstr. 21
2. Kreis: Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53
Kreuzberg-Festhale, Kreuzbergstr. 48
3. Kreis: Gewerkschaftshaus, Engelufer 15
4. Kreis: Elysium, Landsberger Allee 40/41
Lifins Festhale, Memeler Str. 67
Boelers Festhale, Weberstr. 17
Drachenburg, Vor dem Schlesiſchen Tor
Gesellschaftshaus Süd-Ost, Waldemar-
straße 75
5. Kreis: Königs-Säle, Neue Königstraße, Ein-
gang Wadzecstraße
6. Kreis: Vila-Säle, Schönhauser Allee 130
Bockbrauerei, Abt. 2, Chausseestr. 64
Stadt-Theater, Alt-Moabit 47/49

Teltow-Beeſkow:

- Rixdorf:** Hoppe, Hermannstr. 49
Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3
Adlershof: Beyer, Bismarckstr. 10
Treptow-Baumſchulenweg: Neues Geſellſchafts-
haus, Treptower Ringbahnhof
Britz: Landhaus, Chausseestr. 97

Nieder-Barnim:

- Lichtenberg:** Schwarz, Möllendorffstr. 25/26
Rummelsburg: Café Bellevue, Hauptstr. 2
Pankow: Rozycki, Kreuzstr. 3/4
Reinickendorf-Ost: Schützenhaus, Residenz-
straße 1/2
Ober-Schönneweide: Wilhelminenhof

Tages-Ordnung:

Mißbrauchte Kinderkraft.

Referentinnen die Genossinnen:

Kreudsee, Vaader, Bohm-Schuch, Buchmann, Demming, Döly, Fahrenwald,
Hanna, Juchacz, Kähler, Kiesel, Lungwitz, Matsche, Mirus, Philipp, Reichert,
Schulte, Süßmann, Thiel, Tieg, Weyl, Wurm, Zieg.

Jedermann ist um Erscheinen gebeten!

Für die Einberufer: Eugen Ernst, Liesenstr. 16.

Verein Arbeiter-Jugendheim.

Mittwoch, den 30. November, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in „Kellers Festhale“, Koppenstraße 29.

Vortrag des Genossen Adolf Hoffmann über:
„Der Jugend gehört die Zukunft“.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Sticht zahlreicher Besuch wird erwartet.

293/12*

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin, Hauptbureau:
Del I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 2. Del III. Amt 2, 1987.

Mittwoch, den 30. November 1910, abends 5 1/2 Uhr:

Versammlung der chirurgischen Branche

in „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Straße 11/12.

Tages-Ordnung:

1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Kollegen! In dieser Versammlung sollen äußerst wichtige Branchen-
angelegenheiten behandelt werden. Es ist deshalb Pflicht eines jeden
Kollegen, diese Versammlung zu besuchen.

Mittwoch, den 30. November 1910, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung aller in der Metallindustrie

beschäftigten Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen

im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27a,

großer Saal.

Einziger Punkt der Tages-Ordnung:

Besprechung u. Regelung von Branchen-
angelegenheiten.

Der außerordentlich wichtigen Tages-Ordnung wegen sind alle in der
Metallindustrie beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen, Lehrlinge, ferner die in
den Betrieben der Metallindustrie beschäftigten Schnittarbeiter an Niet-
pressen und Stempelwerk Beschäftigte, ferner alle in der Metallindustrie
tätigen Arbeiterinnen freundlichst eingeladen.

196/6 Die Ortsverwaltung.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.

Mittwoch, den 30. November, abends 8 1/2 Uhr, Sebastianstr. 39:

Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom dritten Quartal. 2. Wahl der gesamten Orts-
verwaltung für das Jahr 1911 und Kassenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

209/6

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 30. November 1910:

Mitglieder-Versammlungen

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Verbands-
angelegenheiten.

Hammacher

abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, Ein-
gang B, parterre (Arbeitsloft).

1. Punkt der Tagesordnung:

Vortrag des Kollegen Mitsche über: „Genossenschaftsbewegung“.

Perlmutter-, Horn-, Steinnuß-Knopfarbeiter

um 6 Uhr abends (gleich nach Feierabend) im Gewerkschaftshaus,
Engelufer 14/15, Saal 5.

1. Punkt der Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Gildebrand.

Klavierarbeiter.

Sonntag, den 4. Dezember:

Gemeins. Beschäftigung der Arbeiterwohlfahrtsausstellung
in Charlottenburg, Franzosenstraße. Treffpunkt mittags 1 Uhr, am
Untergrundbahnhof Anie (Charlottenburg).

Nachher: Gemütliches Beisammensein im Charlottenburger
Volkshaus, Rosinenstr. 3.
Humoristische Unterhaltung und Tanz.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Branchenleitung.

Handlungsgehilfen, Handlungsgehilfen, Handelshilfs-
arbeiter, Handwerker usw. aus den Warenhäusern der
Firma A. Wertheim!

Heute Dienstag, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr:

Große Versammlung

in den „Arminhallen“ (großer Saal), Kommandantenstraße 58/59.

Tages-Ordnung:

1. Das Paradies A. Wertheim

Referent: Kollege Richard Nürnberg. — Diskussion.

Wir erwarten, daß bei dieser äußerst wichtigen Tagesordnung es sich
ein jeder Angestellte zur Pflicht machen wird, in dieser Versammlung zu
erscheinen.

Die Kommission.

Engelhardt

Deutsch-Pilsner

Erstklassiges Spezial-Bräu

— Flasche 10 Pf. —

Überall käuflich.

Zeitungs-Ausgabe bestellen und Inseraten-Aufnahme.

Zentrum: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Kochstr.

2. Wahlkreis, W.: Emil Schmidt, Kirchbühlstr. 14, Hochparterre,
S. und SW.; Hermann Werner, Grottenstr. 72.

3. Wahlkreis: St. Petri, Genslerstr. 31, Hof rechts dort.

4. Wahlkreis: Ethen: Robert Wengels, Gr. Frankfurterstr. 120,
— Wilhelm Kraus, Fetscherbühlstr. 4 (Vaden).

4. Wahlkreis, Südost: Paul Böhm, Vorkühlerplatz 14/15.

5. Wahlkreis: Leo Buch, Nankowstr. 12 (Hof).

6. Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzweberstr. 8.

Wedding: Karl Weiche, Wagnersbühlstr. 49.

Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm
Baumann, Bernauerstr. 9, unten dort.

Gesundbrunnen: F. Traba, Steinstr. 10.

Schönhauser Vorstadt: Karl Rabe, Lybenerstr. 123.

Adlershof: Karl Schwarze, Hofmannstr. 9.

Alt-Gliencke: Wilhelm Dörre, Rudowstr. 83 II.

Baumſchulenweg: H. Hornig, Wartenbühlstr. 13, I.

**Bernau, Röntgenal., Zeprenick, Schönau und Schön-
brück:** Heinrich Brode, Hohenstr. 74, part.

Biesdorf: Leopold Peters, Dorfstr. 38.

Bohnsdorf und Falkenberg: Alois Lauf, Bohnsdorf, Ge-
nossenschaftshaus „Paradies“.

Charlottenburg: Arthur Schwarberg, Felsenbühlstr. 1.

Eichwalde, Zenthen, Mersdorf und Hankels Ablade:
Oskar Rehle, Eichwalde, Stubenrauchstr. 99.

Erkner: Emil Hoffmann, Friedrichsberger Chaussee.

Friedrichsdorf-Petershagen: E. Hölzharth, Petershagen.

Friedenau-Steglitz-Südende: H. Bernice, Schloßstr. 119,
Hof I. in Steglitz.

Friedrichshagen: Ernst Herrmann, Köpenicker Straße 15.

Grünau: Franz Klein, Bahnhöfstr. 6 III.

Johannisthal: Vielle, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.

Karlshorst: Richard Rüter, Röhrlstr. 9, II.

Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhöfstr. 13.

Köpenick: Emil Richter, Köpenicker Str. 6, Vaden.

Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto
Eitel, Kronprinzengasse 4, I.

Mahlsdorf, Kaulsdorf: Scheide, Wühlstr. 14, Waldesstr. 14.

Mariendorf: August Zeit, Chausseestr. 206, Hof.

Marienfelde: Emil Weinst, Dorfstr. 14.

Nieder-Schönneweide: Max Vriebe, Weikerstr. 14 II.

Nowawes: Wilhelm Dapp, Friedrichstr. 7.

Ober-Schönneweide: August Henrich, Lanfenerstr. 2, I.

Pankow-Niederschönhausen: Rihmann, Köpenicker Str. 30.

Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:
W. Gursch, Kamekestr. 12, I.

Rixdorf: W. Heinrich, Redastraße 2, im Vaden.

Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosentranz, III-Boxhagen 66.

Schmargendorf: Gustav Kaminski, Gunststraße 2.

Schöneberg: Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 51, im Vaden.

Spandau: Köppen, Bagowstr. 9.

**Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust,
Hermisdorf und Reinickendorf-West:** Paul Rieneck,
Borsigwalde, Mühlstr. 10.

Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Seifenhofer Str. 4.

Tempelhof: Albert Thiel, Berliner Straße 41/42.

Treptow: Max Gramann, Reichstraße 412, Vaden.

Weißensee: R. Rudmann, Sedanstr. 105, parterre.

Wilmerdorf-Balensee: Paul Schuberth, Wilhelmstraße 69.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

**Orts-Krankenkasse
der Schuhmacher.**

Mittwoch, den 30. November 1910:
Generalversammlungen
in Boelers Festhale, Weberstr. 17.

I. abends 8 Uhr:
Allgemeine Arbeitgebertagung

II. abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
der Vertreter der Arbeitgeber

III. abends 8 Uhr:
Versammlung
der volljährigen Kassenmitglieder

IV. abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
der Vertreter der Kassenmitglieder

Tagesordnung:
Zu I. und III.: Wahl der Vertreter
pro 1911/12. [297/6]

Zu II. und IV.: Wahl der Vor-
standsmitglieder pro 1911/12.

V. abends 9 Uhr:
Gemeinsame
Generalversammlung der Vertreter

Tagesordnung:
1. Wahl der Rechnungsprüfungs-
kommission 2. Statutenänderungen,
3. Verschiedenes.

Berlin, den 28. November 1910.
Der Vorstand.

MANOLI

CIGARETTES

Dandy Chic
Gibson Girl Diva

Lieferant der
französ. u. italien. Tabak-Regien.

Berlin SO. 16,
H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche be-
kannten Marken
Zigaretten zu Originalpreisen.

Amt 4, 3014.

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 4. Dezember 1910, mittags 12 Uhr, in den „Germania-Sälen, Chausseest. 110:

Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung.

- 1. Die Beitragserhöhung für Groß-Berlin. 2. Die politische Situation. Referent: Genosse Reichstagsabgeordneter Ledebour. 3. Partei- und Verbands-Angelegenheiten.

Zu 1. Resolution und Antrag des Kreiswahlvereins Niederbarnim.

Die Kreis-Generalversammlung des Kreises Niederbarnim vom Sonntag, den 2. Oktober er., hat zu der Frage der Beitragserhöhung Stellung genommen und sich für einen Monatsbeitrag von 40 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Mitglieder erklärt...

Außerdem wurde beschlossen, an die nächste Verbands-Generalversammlung den Antrag zu richten: „Ueber die Erhöhung der Beiträge eine Urabstimmung vornehmen zu lassen.“

Die Legitimationskarten sind den Streifen und den berechtigten Teilnehmern heute zugegangen. Das Verbandsbureau.

Für den Kinderschuh.

Auf die heute für 8 1/2 Uhr abends angezeigten 23 Volksversammlungen zur Frage des Kinderschuhes (siehe Annonce)

machen wir noch besonders aufmerksam und bitten, für regen Besuch zu agitieren. Der Aktionsausschuß.

Schöneberg. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, in den Neuen Rathaus-Sälen, Weininger Str. 8: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Die politische Lage. Referent: Genosse Herm. Kollenbush. 2. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Steglitz. Heute Dienstag: Mitgliederversammlung. Bericht von den Gemeindegemeinschaften. Der Vorstand.

Wilmerdorf-Halensee. Heute abend 8 1/2 Uhr im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112: Monatsversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Rückblick auf die Stadtverordnetenwahlen. Organisationsfragen, der Abschluß der Expeditionsangelegenheit, Abrechnungen, Neuwahl des zweiten Vorsitzenden und anderer Funktionen. Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Heute Dienstag, den 29. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Liedemitz (an der Kirche), öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Die politische Lage“. Referent: Reichstagsabgeordneter Dr. Ludwig Frank. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Tott sei Dank!

Draußen kößerts. Weiße Kloden tanzen auf und nieder. Eilig segt der Abendwind über die Straße. Keinen Hund möchte man hinausjagen. Aber an meiner Bohmung läutets öfter als sonst, fast jede halbe Stunde. Ein Bettler, wieder ein Bettler... und noch einer. Das Wetter, das schneuliche, ungeheure, treibt die Heimglöfen, frierend und notdürftig gekleidet, in die Häuser. Ich bin kein Rothschild. Heute sitzt meine schwache Hand lose. Wenn Dir das so ginge und Du tein Heim hättest, ist mein Gedanke. So gebe ich schon den dritten Sechser, vielleicht auch den vierten. Wieder schreift die Glode. Vor mir steht mit großen, sehnsüchtig verlangenden Kinderangen ein zehnjähriges Mädchen. Mit schnellem Blick umfasse ich die armselige Gestalt. Und wieder denke ich: wenn dir das so ging in deiner Jugend! Eng hat das kleine Ding sein dünnes Wolltuch um die schmalen, frostzitternden Schultern gezogen. Die Schube triefen von Wasser. Auf dem nassen Blondhaar perlte frischgefallener Schnee.

„Nadeln, Zwirn, Schnürsenkel... bitte, bitte, kaufen Sie mir etwas ab!“ Gebrauchen läßt sich das immer, nicht immer auch kaufen.

„Komm' mal rein, Kleine!“ Zaghaft, bescheiden tritt sie über die Schwelle. Und jeder Schritt malt breite Spuren von zerrissenen Sohlen, nassen Füßen. „Wächstest Du eine Tasse warmen Kaffee und eine schöne Butterkugel?“ Ein Bittren läßt über den schlanken, jungen Leib. „Ach ja, Kaffee... mich friert so.“ Und zum dritten Male dachte ich: wie bist du doch reich trotz deiner Armut! „Da seh' Dich neben den warmen Ofen... und nun ist, trink, laß es Dir gut schmecken.“

Gierig schlürft das Mädchen das heiße Getränk, gierig gräbt es die blutenden kleinen Zähne in das Gebäck. Ob die Arme wohl heute früh zu Hause etwas zu essen bekam, ehe sie zum Verdienen auf die nasse Großstadtstraße mußte? Verstoßen beobachte ich. In der dürftigen Kleidung ist die Sauberkeit unverkennbar.

„Hast Du noch Geschwister?“

„Ja, noch vier, drei Brüder und eine Schwester.“

„Gehen die auch handeln?“

„Nein, die sind alle noch zu klein, noch so dumm.“ Wie drollig das herauskam in seinem allklugen Ernst.

„Und Deine Mutter, Dein Vater?“ Ueber das kahle, magere Gesicht des Kindes zieht etwas Häßliches, Jugendfremdes.

„Mutter ist krank, schon lange krank... und Vater, der... der... mein Vater ist Tott sei Dank do!“

Wie ein Peitschenhieb durchzuckt es mich. Entsetzt starre ich die Kleine an. Was hat sie gesagt? Habe ich denn recht gehört? Und sie wiederholt gleichmütig auf meine Frage: „... Tott sei Dank do!“ Was mußte in dieser in frühesten Jugend von des Lebens Not berührten Kinderseele vorgegangen sein, daß das Mädchen so gelassen, so beinahe selbstverständlich, mit solcher Freude vom Tode des eigenen Vaters sprach? Weife jürnte ich: „Nein, das mußst, das darfst Du nicht sagen... Sieh mal, ohne den Vater wärst Du doch jetzt nicht hier bei mir.“ Unschuldig, verständnislos sah sie mich an, und so gleich bereute ich meine Worte. „Ist das denn wirklich Dein Ernst... freust Du Dich wirklich, daß Dein Vater tot ist?“ Da quollen ihr die Tränen. Aufschluchzend kam es

aus dem zuckenden Kindermund: „Er hat mich immer so sehr geschlagen... Ach, ich möchte auch tot sein!“ Und nun hörte ich brackentweise, es förmlich herausholend, die alte Geschichte. Die Mutter warfom und fleißig, der Vater ein Schnaps-trinker. Eines Tages kam er vom Arbeitstische wieder betrunken nach Hause. Ihm war ja längst alles egal, Frau und Kinder und Schicksal. Am Emporarbeiten hatte er verzweifelt und keinen Mut, keine Kraft mehr, den Kampf mit der Not aufzunehmen. Schwere fiel er auf das hart-Lager, wachte aus bleiernem Schlaf nicht mehr auf. Und das unglückselige Wort, das der gequälten Mutter im ersten Taumel entschlüpfte, es hat sich tief eingegraben in die Kindesseele: Tott sei Dank... tot!

Wer wagt es, den Stein zu werfen auf Mutter und Tochter? Hat wohl die menschliche Gesellschaft ihre Pflicht echter Nächstenliebe erfüllt an diesen Kernsten, die mit eigener Kraft aus dem Sumpf nicht herauskommen konnten... und an dem Vater, als er noch lebte? Wer weiß, ob da nicht ein über die „göttliche Weltordnung“ gestrauchelter Unglücklicher rechtzeitig zu retten gewunden wäre. Und ehe ich tiefbewegt die kleine Duldlerin hinausließ ins Schneegestöber, hatte sie mir fest versprochen, sich nicht mehr zu freuen, daß ihr Vater tot ist... und zu hoffen auf ein besseres Leben.

Die Gadedeputation hatte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der Bewegung der städtischen Gasarbeiter zu beschäftigen. Im Laufe der vorigen Woche wurde die von der öffentlichen Gasarbeiterversammlung gewählte Kommission von der Direktion und vom Deputationsvorsitzenden Ramskau empfangen. Das Ergebnis dieser Aussprache war, daß die Direktion beantragte, den Stundenlohn der ungelerten Arbeiter um 8 Pf. zu erhöhen, so daß der Aufwandslohn statt 45 Pf. 48 Pf. und der Lohn nach zwei Jahren statt 47 Pf. 50 Pf. betragen soll.

In der anderthalbstündigen Diskussion plähten die Gegenseite heftig aufeinander. Während Herr Stadtrat Ramskau und die Herren Direktoren Fürst und Schöningh sowie neben dem sozialdemokratischen Vertreter auch ein bürgerlicher Stadtverordneter in der eindringlichsten Weise für den Vorschlag der Direktion eintrat, waren es die großindustriellen Mitglieder der Deputation, vor allem die schweren Eisenindustrie, die die allgemeine Erhöhung der Löhne bekämpften und höchstens für eine Erhöhung nach längerer Beschäftigungsdauer zu haben waren. In der Abstimmung wurde der Antrag der Direktion mit 6 gegen 5 Stimmen angenommen.

Es ist zu hoffen, daß der Magistrat dem Vorschlag der Deputation zustimmt. Nach den Angaben der Direktion kommen 2760 Arbeiter in den Genuß der Lohnerhöhung; die dafür aufzuwendende Summe beträgt jährlich 231 000 Mark.

Lär zu! Von Verkäufern und Verkäuferinnen der Lebensmittelbranche werden übereinstimmend Klagen darüber laut, daß ihre Chefs sie zwingen, im Winter bei ungeheitem Laden die Ladentür den ganzen Tag offenzuhalten. Kommt es zu solchen Klagen aus den Geschäften von Butterfirmen, die zahlreiche Filialen unterhalten. Um das Schließen der Tür durch Kundschaft zu verhindern, sind sogar in manchen Geschäften besondere Wandriegel angebracht worden. Man kann nicht gut annehmen, daß der Zutritt der Kälte der Witterungsveränderung besonders dienlich ist. Auch die gleichzeitig geführte Käseware schwängert mit ihren Wohlgerüchen im Winter die Luft doch nicht derart, um damit das Schließverbot zu rechtfertigen. Es bleibt also lediglich die Annahme, daß die betreffenden Geschäftsinhaber durch das permanente Offenstehen der Ladentür besser die Käufer anlocken wollen. Das ist als Geschäftsstandpunkt ganz praktisch, aber es darf nicht auf Kosten der Gesundheit des Personals geschehen. Die Verkäuferinnen, die zehn Stunden hintereinander und länger bei offener Ladentür aushalten müssen, sind bald noch blauer wie ihre duftende Ware unter Glasglöfen. Wir empfehlen den Chefs, die Kältekur mal an sich selbst zu vollziehen, dann denken sie vielleicht etwas menschlicher.

Berlin im neuen Reichstat. Im neuen Reichstat für 1911 werden für Berlin und Umgebung u. a. folgende Forderungen im Postetat gestellt: 650 000 M. zur Verfertigung von Dienstgebäuden an der Postverladestelle für den Anhalter und Potsdamer Bahnhof als 4. Rate, 241 000 M. zur Erwerbung eines Grundstücks in der Invalidenstr. 10 als 3. Rate, 400 000 M. zur Vergrößerung des Postbauplatzes Ecke Magazin- und Alexanderstraße in Berlin und zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes auf diesem Platz als 3. Rate, 150 000 M. zur Erweiterungsbauten für das Fernsprechamt II, 200 000 M. zur Erweiterungsbauten für das Postzeitungsamt als 2. Rate, 180 000 M. zur Erweiterungsbauten für das Postamt 19 auf dem Reichsdruckereigrundstück Kommandantenstr. 7 als 2. Rate, 1 800 000 M. zur Vergrößerung des Paketpostamts in der Oranienburger Straße.

Keine Ordensauszeichnungen für Berliner Polizeibeamte. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“, der bekanntlich mit der Polizei durch bid und dünn geht und auch jetzt wieder den Koabitier Gerichtsbericht fortgesetzt polizeilenduzios einstellt, also seinen Leserkreis dreist anläßt, hatte bald nach Beendigung des Koabitier Polizeiständens berichtet, daß aus Anlaß dieser Kravalle „höheren Orts“ eine Vorschlagsliste zur Dekorierung von Berliner und Charlottenburger Polizeibeamten eingefordert worden sei. In solchen Dingen ist das Scherblatt erfahrungsgemäß so gut unterrichtet, daß die Meldung ganz sicher mehr als eine müßige Kombination war. Die Dekorierung blieb indes überraschenderweise aus und kommt jetzt nach dem für unsere Polizeiwirtschaft so blamablen bisherigen Ergebnis des Koabitier Niesenprozesses wohl auch nicht mehr in Frage. Das ist eigentlich jammerschade. Es wäre zu hüßig gewesen, die frisch dekorierten Polizeier vor den Koabitier Schranken aufmarschieren zu sehen.

Anna Sachs f.

Wieder ist und eine der alten Genossinnen durch den Tod ent-riffen worden. Genossin Sachs kam schon als sechzehnjähriges Mädchen während des Schandgeschehes zu uns, gehörte bis zum heutigen Tage, seit einem Vierteljahrhundert, ihrer gewerkschaftlichen Organisation und zwar als Glaserarbeiterin dem heutigen Zentral-Verband der Schneider und Schneiderinnen an. Trotzdem die Frauen sich früher nicht politisch organisieren durften, stand sie doch in den vordersten Reihen derer, die für die politische Freiheit der Frauen schon eintreten, als die Zahl noch gering und unter schwierigeren Verhältnissen als heute gekämpft wurde. Unter anderem gehörte sie der Agitationskommission der Frauen von 1890 bis zum Frankfurter Parteitag an, wo eine Resolution angenommen wurde, die besagte, daß in Zukunft nur Vertrauenspersonen gewählt werden sollten, weil die preußischen Gerichte die Agitationskommissionen als politische Vereine erklärt hatten.

Vor ungefähr zwei Jahren zwang sie die Proletariatskrankheit, sich von aller Tätigkeit zurückzuziehen. Die Verborene hat durch ihre rastlose Arbeit den jüngeren Genossinnen ein gutes Beispiel gegeben. Alle, die die Genossin gekannt haben, werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Im Streit erschossen. In einer großen Schlagerel, bei der ein junger Mann seinen Tod fand, kam es in der Nacht zum Sonntag an der Ecke der Reinholdenborfer und Liebenwalder Straße im Norden Berlins. Während des Streites zog der 18jährige Arbeiter Max Schwarzbach aus der Welle. 78 b einen Revolver und feuerte ihn ab. Die Kugel drang dem Währigen Kutcher Franz Mahn aus der Güter Straße 86 in den Unterleib. Schwere Verletzt sank der Betroffene zu Boden. Er wurde sofort nach dem nahen Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinderkrankenhaus geschafft, wo er die erste Hilfe erhielt. Dann brachte man ihn nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus, wo er bald an den Folgen der Schußverletzung starb. Der Täter stellte sich selbst der Polizei und will in der Notwehr gehandelt haben. Nachdem der Tatbestand auf dem 91. Polizeirevier festgestellt worden war, wurde Schwarzbach wieder freigelassen.

Die Schöneberger Ufergrundbahn wird, wie bereits gemeldet, am 1. Dezember d. J. eröffnet. Vormittags 10 1/2 Uhr findet eine Besichtigung durch die Vertreter der Behörde und Ehrengäste und anschließend eine Eröffnungsfahrt statt.

Von 1 Uhr mittags ab wird die Bahn dem öffentlichen Verkehr übergeben. Im Laufe der letzten Woche haben täglich eingehende Prüfungen der gesamten Bahnanlage durch beamtete Sachverständige und Abnahmebestimmungen stattgefunden. Diese Prüfungen werden noch fortgesetzt und finden ihren Abschluß in der am 30. November stattfindenden landespolizeilichen Abnahme.

Die Seuchenfälle auf dem Berliner Schlachthof nehmen leider kein Ende und machen die umfangreichen Desinfektionsarbeiten zum großen Teil immer wieder von neuem illusorisch. Nachdem am Freitag die Desinfektionsarbeiten, welche, wie schon gemeldet, mit einer starken Mischung von Kalk und Chlor erfolgte, beendet waren, hat die Veterinärpolizei den Schlachthof zwecks Zuführung von Schlachtvieh wieder freigegeben. Die Freigabe war jedoch nur von sehr kurzer Dauer, denn am Sonntag ist, wie die „Allgemeine Fleisch-Zeitung“ berichtet, unter den Niederbeständen des Engros-schlächtermeisters Adolf Keumann die Seuche wieder ausgebrochen. Meister Keumann hat das Vieh auf dem letzten Sonnabendmarkt gekauft und dem Schlachthof zugeführt, so daß es noch nicht 24 Stunden auf letzterem gestanden hat. Die Veterinärpolizei hat Anordnung getroffen, daß diese Kinder bis Montag früh abgeschlachtet sein müssen. Gestern früh wurde die Seuche unter den Beständen des Fleischmeisters Diedrichs festgestellt, auch diese Tiere müssen sofort zur Abschachtung gebracht werden.

Großes Aufsehen erregt auf dem Ragerdichhof in Friedrichs-felde die plötzliche Verhaftung der beiden Inhaber der auf dem Ragerdichhof tätigen Viehkommissionsfirma Klabe u. Engelbrecht, Albert Klabe und Wilhelm Engelbrecht. Die Verhaftung erfolgte, wie die „Allgemeine Fleisch-Zeitung“ erzählt, auf Verreiben des von der Firma vor 1 1/2 Jahren entlassenen Buchhalters Volster wegen Verleitung zum Meineid, die angeblich in einem gegen den Buchhalter geführten Prozeß erfolgt sein soll.

Absturz von einem Bau. Auf dem Bau Dessauer Str. 28/29, der von der Firma Helmsche Steinwende imgebaut wird, fiel gestern der Maurer Karl Pieloch von der Kräftung und erlitt schwere innere Verletzungen sowie andere am Kopf und eine Handverstauchung. Er wurde nach dem Urban-Krankenhaus gebracht.

Ein aufregender Vorfall spielte sich am Sonntag nachmittag in der Greifenhagener Straße ab. Dort ist seit einiger Zeit ein großer „Rummelplatz“ errichtet, auf dem sich auch eine Menagerie befindet. Vor dem Eingang zu der Tierchau befindet sich ein Niesen-platz, auf dem als besondere Attraktion ein Ringkampf zwischen dem Wändiger und einer Löwin angeordnet wird. Als Sonntag nachmittag gegen 5 1/2 Uhr die Vorstellung beginnen sollte, weigerte sich die Löwin „Mina“ wie gewöhnlich zu arbeiten und griff den Dressieur, Karl Meyer, mehrmals an. Der junge Mann zwang das Tier jedoch durch Peitschenschläge, sich anzurichten und den Ringkampf mit ihm zu beginnen. Pöblich sah man, wie die Löwin sich mit einem Sprung auf ihren Meister stürzte, so daß der Mann rücklings zu Boden fiel. Im nächsten Augenblick schlug die Bestie mit lautm Gebrausch ihre Zähne in den Hals des Unglücklichen und schüttelte den vollkommen Bewußtlosen wütend hin und her. Des zahlreichen Publikums bemächtigte sich eine wilde Panik. Unter lautem Geschrei verließen die Anwesenden, etwa 150 Personen, das Fest, mehrere Frauen fielen in Ohnmacht und einige Kinder wurden bei dem Gedränge am Ausgang niedergedrückt und erlitten leichte Verletzungen. Unterdessen hatte die Besitzerin der Menagerie eine schwere Eisenstange ergriffen, stürzte in den Käfig und versuchte das Tier durch Schläge von seinem Ocker zu enternen. Die heldenmütige Frau wäre jedoch gleichfalls von der Löwin zerrissen worden, wenn nicht im letzten Augenblick einige beherrgte Männer mit Wten und langen Stangen von draußen das Tier zurückgedrängt hätten. Erst nach etwa zehn Minuten gelang es, die Löwin aus dem Käfig heraus und in einen Nebenkäfig zu bringen und den Verwundeten, den die Löwin den Hals durchstößt zerfleischt hatte, herauszuführen. Auf der Unfallstation in der Gaudystraße erhielt der bedauernswerte Dompteur einen Notverband und wurde dann im Krankenautomobil nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus über-geführt. Die Ursache des Unfalles dürfte darin zu suchen sein, daß die Löwin ein achtjähriges Tier aus Abessinien, seit vierzehn Tagen infolge ihres kürzeren Lebens von dem Wändiger nicht mehr vorge-führt worden war. Bei einer Probe am Sonntagvormittag hatte sich die Bestie willig und ruhig gezeigt, so daß Meyer geglaubt hatte, in der Vorstellung das gefährliche Dressierstück, den Ringkampf, wieder aufnehmen zu können. Das Gefunden des Dompteurs, dem die rechten Halsmuskeln völlig bis auf den Wirbelknochen zerrissen sind, ist sehr bedenklich.

Der Kleiderausschütter. Ein niederträchtiger Durche treibt seit einiger Zeit in Berlin sein Unwesen. Er macht sich an Frauen heran und schneidet diesen die Kleider entzwei. Mit Vorliebe sucht der gefährliche Patron Straßenbahnwagen auf. Er setzt sich dicht neben sein Opfer und zerstückelt dann mit einem scharfen Messer die Garderobestücke der weiblichen Fahrgäste. Der Attentäter versteht sein Handwerk so ausgezeichnet, daß er niemals bemerkt wird und daß die beschädigten Kleidungsstücke vollständig ruiniert werden. Hoffentlich wird dem dreisten Gesellen recht bald das Handwerk gelegt.

Zugverspätungen auf der Stadtbahn infolge Brandes einer Dienstbude. In der Nacht von Sonntag zu Montag zwischen 3 und 4 Uhr brannte die aus Holzwerk bestehende Dienstbude auf dem Bahnhof des Bahnhofs Jannowitzbrücke ab. Das Feuer ist wahrscheinlich durch den Heizofen entstanden. Die Stadtbahnzüge erlitten in den Frühstunden infolge der Zerstörung der Block- und Fernsprechanlage Verspätungen bis zu 20 Minuten.

Verfallene Legitimationen. Vor einigen Tagen ging bei der Polizeidirektion Lichtenberg ein Besuch eines angeblichen Marinefeldwebels Paul Hamel, wohnhaft zu Kixdorf, Selchower Straße 31, ein, worin dieser um Einberufung zur Schutzmannschaft bittet. Dem Besuch war ein Schreiben vom Bezirkskommando, ein Zivil-versorgungsschein, ein Stammtrollenausgang, ein marineoberärztliches Attest und ein vom Bezirkskommando beglaubigter und abgestempelter Lebenslauf beigelegt. Es fiel auf, daß bei dem Stempel des Bezirkskommandos die Nummer desselben fehlte und dieser nur auf: „Bezirkskommando Berlin“ lautete. Dies ließ den Verdacht rege werden, daß hier eine Fälschung vorliege. Die weiteren Nachforschungen ergaben denn auch, daß sämtliche Papiere, Stempel und Namensunterschriften gefälscht waren, und daß ein Marinefeldwebel Paul Hamel überhaupt nicht existiert. Die sofort von der Lichtenberger Kriminalpolizei in der Wohnung des Besuch-stellers vorgenommene Hausdurchsuchung förderte noch eine große Menge

